

Peace Love Liberty

Das Studentenmagazin



Freiheit? Weltweit!

Menschen kämpfen für ihre Freiheit

ESFL Regional Conferences 2014



13.09.2014	Paris, Frankreich
20.09.2014	Prag, Tschechien
27.09.2014	Amsterdam, Niederlande
27.09.2014	Sarajevo, Bosnien
11.10.2014	Tbilisi, Georgien
18.10.2014	Brüssel, Belgien
18.10.2014	Sofia, Bulgarien
18.10.2014	Bergen, Norwegen
25.10.2014	Madrid, Spanien
25.10.2014	Köln, Deutschland
08.11.2014	Mailand, Italien
08.11.2014	Warschau, Polen
15.11.2014	Reykjavik, Island
22.11.2014	Belgrad, Serbien
29.11.2014	München, Deutschland
06.12.2014	Istanbul, Türkei

Wir danken unseren Sponsoren



European Center for Austrian Economics Foundation

www.ecaef.li



Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft

Friedrich August von Hayek-Gesellschaft

<http://www.hayek.de>



Prometheus

www.prometheusinstitut.de



Der Kampf für die Freiheit hat sich in den 25 Jahren seit dem Fall der Berliner Mauer gewandelt. Zentralisierungstendenzen, ausuferndes Staatsengagement, Überregulierung, und Militarisierung kennzeichnen das Europa des Jahres 2014 und machen die Arbeit, die European Students for Liberty (ESFL) leistet, noch viel relevanter.

ESFL unterstützt libertäre Studenten in Europa dabei, sich zu maßgeblichen Sprachrohren der Freiheit zu entwickeln. Zu diesem Zweck stellen wir Ressourcen zur Verfügung, beispielsweise mehr als 40.000 Exemplare von 'Peace, Love & Liberty', Online-Seminare, T-Shirts, die 'End the Drug War'-Kampagne, und vieles mehr. Wir vernetzen wir nicht nur gleich gesinnte Studenten und Gruppen untereinander, sondern sind auch selbst, durch eigene Konferenzen und umfassende Kooperationen, eine effektive Plattform. Die dritte European Students for Liberty Conference (ESFLC) im März dieses Jahres brachte mehr als 550 Teilnehmer aus über 35 Ländern nach Berlin. Außerdem vermitteln wir essentielle Führungseigenschaften und organisatorische Fähigkeiten; im August 2014 bildeten wir zum Beispiel über 100 neue Local Coordinators aus.

Der Zuspruch, den wir europaweit erhalten, macht mich optimistisch, dass der Wert der Freiheit eine gebührende Aufwertung erfährt – und dieses Magazin leistet dazu einen wichtigen Beitrag.

Lukas Schweiger
ESFL Vorsitzender

Editorial

DIE FREIHEIT, DIE WIR MEINEN...

Liebe Leserinnen und Leser,

Peace, Love and Liberty! Unser Magazin ist nun endlich am Start! Der Name ist Programm! Zwei Monate Planung, Diskussion, Entwürfe und Gespräche mit Autoren aus etlichen Ländern liegen hinter uns.

Freedom worldwide! In dieser brandneuen Ausgabe unseres Peace Love Liberty Magazins widmete sich die Redaktion ersten Schwerpunktthemen. Mit der Flagge der Freiheit gingen wir auf Rundreise und besuchten dabei auch eher unfreie Orte wie das postkommunistische Russland, welches von einer offenen, repressionsfreien Gesellschaft noch immer meilenweit entfernt ist.



Trial & Error! Wir wollen das Ungewisse wagen, neue Wege gehen und Ideen erproben. Unser Heft soll dieses reflektieren, wir möchten dabei sein und inspirierend wirken. In der Hochschullandschaft wollen wir als kompetente Stimme der Freiheit gehört werden und hoffen auf eine möglichst hohe Verbreitung unseres Magazins.

Vive la différence! In einer Gegenwart, in der immer noch Menschen leiden und hungern, muss der Gesellschaft vermittelt werden, dass die Garanten des Fortschritts und des allgemeinen Wohlstands im freien Markt und nicht in der kollektivistischen Staatswirtschaft zu finden sind. Denn es ist die freie Marktwirtschaft, welche dem Individualismus den lebensnotwendigen Raum gibt. Nicht mehr Kapital und Macht entscheiden über individuelle Wohlfahrt, sondern zunehmend Kreativität, Wagemut und Originalität.

Wir müssen reden! Der berühmte Philosoph Sir Karl Popper gab uns mit auf den Weg: „Ich mag unrecht haben und Du magst recht haben; und wenn wir uns bemühen, dann können wir zusammen vielleicht der Wahrheit etwas näher kommen.“ Diesen Appell möchten wir nun herzlich gern an unsere Leser weiter geben. Lasst uns gemeinsam die Welt retten! Lasst uns gemeinsam für bessere Erkenntnisse streiten, Stillstand kann sich niemand leisten. In diesem Sinne wünsche ich euch nun viel Spaß mit einer spannenden, anregenden und aneckenden Lektüre.

Timotheus Stark
Chefredakteur

Inhaltsverzeichnis

Wind of Change	4
Freiheit für die Ukraine	
Umbrella Movement	5
Hongkong, gib nicht auf!	
Freiheit kennt keine Grenzen	6
Die Freiheitsbewegung in Russland	
Kampf für die Freiheit	8
Cobden, Wilberforce und die Emanzipationsbewegung	
Türkischer Frühling?	10
Freiheit lässt sich nicht niederknüppeln	
Wer rettet die Pandas?	12
Eigentumsrechte und Umweltschutz	

Es geht um DICH	13
Über die Diskriminierung von Frauen	
Öffnet die Grenzen!	14
Wie Offene Grenzen für mehr Wohlstand, Freiheit und Frieden sorgen können	
Die Niedrigzinspolitik der EZB	16
Zwei liberale Standpunkte	
End the Drug War	18
Der Krieg gegen die Drogen ist ein Krieg gegen uns	
Bildungsvielfalt!	20
Das deutsche Bildungssystem gefangen in staatlichen Strukturen	
Liberale Bücherecke	22
SFL-Gruppen, Impressum und Bildnachweise	23

Wind of Change

Freiheit für die Ukraine

von **Maria Semykoz**



Maria Semykoz, 26, stammt aus der Ukraine und arbeitet aktuell als Unternehmensberaterin in Berlin. Sie hat einen Masterabschluss in Politikwissenschaften von der Miami University in den USA und studierte vorher in der Ukraine und in Estland. Maria engagiert sich in der liberalen Bewegung in der Ukraine und bei den Young Voices.

Vor zwei Wochen hatte ich einen ungewöhnlichen Besucher in meiner Wohnung in Berlin. 350.000 Facebook-Follower kennen ihn als Mustang Wanted, den mutigsten osteuropäischen Gebäudekletterer. Eigentlich würde ich mich nicht als Fan dieses Lifestyles bezeichnen: Sie klettern ohne Erlaubnis der Eigentümer auf Hochhäuser. Doch trotzdem war es mir eine Ehre, Mustang zu beherbergen: In der Nacht vom 23. auf den 24. August diesen Jahres malte er einen Stern an der Spitze eines stalinistischen Hochhauses in Moskau in den ukrainischen Nationalfarben, um auf den ukrainischen Unabhängigkeitstag hinzuweisen. Für mich steht dieser Akt – der zu Recht an einem anderen Ort und zu einer anderen Zeit als Rowdium bezeichnet werden würde – in einer Reihe mit all den Protesten und Aktionen zivilem Ungehorsams gegen kommunistische Unterdrückung in Europa im Laufe des 20. Jahrhunderts: Man denke an Mathias Rusts Landung auf dem Roten Platz in Moskau im Jahre 1987. Wie schon damals in der Sowjetunion scheint der Schlüssel zur Freiheit für die Ukraine auch heute in Moskau zu liegen.

Das Jahr 2014 wird zweifellos in die Geschichte des Freiheitskampfes in Europa eingehen. Die zweite Maidan Revolution war ein zentrales Ereignis. Entgegen des weitverbreiteten Glaubens war es nicht das verzögerte Assoziationsabkommen mit der EU, das diese Massenproteste entzündete, sondern die Entscheidung des Regimes, brutale Gewalt gegen die überwiegend jungen EU-Befürworter einzusetzen, die sich auf Kiews zentralem Platz Maidan im November 2013 versammelten. In der Nacht des 30. Novembers wurde Spezialkräften befohlen, den Maidan zu

„säubern“. Die Soldaten gehorchten, verprügelten und entwürdigten die Protestierenden. Dieser Angriff markierte einen fundamentalen Wendepunkt der regierungskritischen Bewegung. Von dieser Nacht an ging es nicht mehr um die EU. Die Akzeptanz eines Regimes, das unschuldige Menschen nach Gutdünken schlägt und foltert, fand ein Ende. Diese neue Dynamik verbreitete sich im ganzen Land und formierte aus einer Bewegung junger Idealisten eine offene, gesellschaftliche Revolution. Als der korrupte Diktator Janukowitsch nach Monaten des Blutvergießens in Kiews Zentrum aus seinem Palast in der Hauptstadt der Ukraine nach Russland floh, begann der frostige ukrainische Februar sich wie der Frühling anzufühlen. Freiheit lag in der Luft, als Familien mit ihren Kindern in dem weitläufigen Park der früheren Residenz des Diktators spazierten. Wer weiß, vielleicht kann mein Land dieses Mal ein politisches System schaffen, das die Würde, das Eigentum und die Wahlfreiheit der Menschen sichert und sie vor den üblichen Kriminellen und korrupten Regierungsbefehlshabern schützt.

Dieser „Wind of Change“ ist auch in Russland spürbar: Viele Russen blicken auf das Beispiel ihrer westlichen Nachbarn und hoffen, sich des unterdrückerischen, autoritären Regimes des ehemaligen KGB-Offiziers Putin entledigen zu können. Es ist gut möglich, dass Präsident Putin den „Wind of Change“ zuletzt in dieser Stärke spürte, als er im Jahr 1989 vom Fall der Berliner Mauer hörte, während er KGB-Dokumente in seinem Stasi-Büro in Dresden verbrannte. Vermutlich keine schöne Erfahrung.

Ob nun wegen dieses „Wind of Change“,

des fehlenden Respekts vor Staatsgrenzen oder aus Solidarität zu einem Diktator, marschierten Ende Februar 2014 die Truppen Putins auf der Krim ein und bestraften ihre westlichen Nachbarn dafür, dass sie einen Diktator entmachteten hatten. Es wird vermutlich nur einige Monate dauern bis die Welt sieht, wie russische Panzer zur Stadt Luhansk in der Ostukraine ausrücken. Ironischerweise wird diese Operation von Putin-freundlichen Medien als „Russischer Frühling“ bezeichnet.

Mustang Wanted versteht, wie viele Ukrainer – auch ich – nicht, warum russische Staatslenker die Notwendigkeit spürten einen Krieg gegen die Menschen eines Nachbarlandes zu beginnen, nur weil diese sich weigerten ein repressives Regime zu tolerieren. Hrihory, oder Hrisha – das ist der richtige Name von Mustang – weiß nur, dass es falsch ist. Er befürchtet, dass künstlerische Aktionen, wie das Übermalen eines stalinistischen Hochhauses in Moskau nicht genug sein würden, um diesen Wahnsinn zu stoppen. Er sagt, dass er sich einem der zahlreichen Freiwilligenbataillone im Kampf gegen die russischen Armee und durch Russland unterstützte Aufständische in der Ostukraine anschließen wird. Er sagt, seine Kletterkünste könnten hilfreich sein bei der Verteidigung der bloßen Chance eines Lebens in einer freieren Gesellschaft – der Chance, die die junge Generation der Ukraine auf dem Maidan erkämpft hat.

Ich hoffe, dass Hrisha seine Meinung ändert und nicht an diesem Krieg teilnimmt. Er schwebt bereits in großer Gefahr: Er ist ein von Interpol gesuchter Krimineller. Am Morgen des ukrainischen Unabhängigkeitstages, dem 24. August, befanden sich vier junge Russen zufälligerweise mit Kletterausrüstung in der Nähe dieses Hochhauses und wurden daraufhin als Verdächtige verhaftet. Wohl wissend, wie politische Gefangene in Russland behandelt werden erklärte Hrisha sich unmittelbar für den Stern verantwortlich, um die vier unschuldigen Jugendlichen vor

möglichen Misshandlungen in Moskaus Gefängnis zu bewahren – ein Akt, für den die Verwandten der Festgenommenen bereits ihren tiefen Dank zum Ausdruck brachten. Angesichts von hunderten Toten im Kampf

für mehr Freiheit in der Ukraine ist es nicht leicht, optimistisch zu sein. Ich möchte Euch dennoch dazu ermutigen: Es scheint, dass selbst die waffenstärksten unterdrückerische Regime verwundbar sind. Und sei es durch so einfache Dinge wie

Sterne auf hässlichen Hochhäusern oder – wer weiß – **vielleicht Regenschirme in Hong Kong?**

Übersetzt von Achim Fischbach

Umbrella Movement

Hongkong, gib nicht auf!

von Anna-Lena Kämpel

Die Proteste in Hongkong sind der Ausdruck des Wunsches nach Demokratie und Autonomie und fordern die Einlösung eines Versprechens: Hongkong war früher britische Kolonie und bei der Rückgabe an China schlossen die Briten und die Chinesen einen Vertrag, der Hongkong zur chinesischen Sonderverwaltungszone machte und die Unabhängigkeit der Metropole garantierte. Die Regierung der Kommunistischen Partei hat Ende September 2014 angekündigt, stark in diese Unabhängigkeit eingreifen zu wollen. Die Wahllisten für Hongkongs Regierung sollen künftig vollständig von der Partei bestimmt werden. Dies würde das kleine Stück Demokratie in Hongkong vollständig untergraben, es könnten nur noch Kandidaten gewählt werden, die der Kommunistischen Partei wohlwollend gegenüberstehen. Als eine Gruppe von Studenten gegen diese Einschränkungen demonstrierte, kam es zu Übergriffen der Polizei auf die friedlich protestierenden. Das brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte verursachte eine Gegenbewegung in der Bevölkerung.

Die Organisation "Occupy Central with Love and Peace" nutzte die politisch aufgeladene Stimmung und rief vorzeitig zur Besetzung des Bankenviertels Hongkong Central auf. Die Aktion war eigentlich ab dem 1. Oktober geplant gewesen. Seitdem kommt es regelmäßig zu Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten und Sicherheitskräften oder Anti-Occupy Demonstranten.

Wenn die Bewegung Erfolg hat und die Kommunistische Partei von ihrem Vorhaben abweicht, könnte das weitreichende Folgen für das gesamte System Chinas haben. Hongkong könnte zum Vorreiter einer gesamtchinesischen Revolution werden, während der sich die Provinzen des Landes nach und nach Autonomie erkämpfen und sich dem kommunistischen Diktat der Regierung entziehen.

Scheitert Occupy Central, würde der freiheitliche, revolutionäre Geist in Hongkong vermutlich für eine Weile einschlafen, die Menschen könnten resignieren und die Autonomie Hongkongs schließlich aufgeben.

Haltet durch! Wir unterstützen die Demonstranten in Hongkong!



Freiheit kennt keine Grenzen

Die Freiheitsbewegung in Russland

von Vera Kichanova



Vera Kichanova schloss 2013 ihr Journalistikstudium an der Universität Moskau ab. Sie ist Mitglied der Russischen Libertären Partei und gründete deren Monatsschrift „Atlas“. 2011 organisierte sie eine studentische Protestaktion an der Universität Moskau. 2012 wurde sie als erste Libertäre in ein politisches Amt gewählt. Vera arbeitet als Journalistin und schreibt einen Blog über ihre politische Arbeit.

Nach den Duma-Wahlen im Dezember 2011 erlebte Russland die größten Proteste seit den 1990ern. 100.000 Menschen, darunter auch ich, forderten faire Wahlen und eine offizielle Untersuchung der Stimmauszählung. Wir hatten genug von Vladimir Putin, der gerade erklärte, dass er wieder als Präsident kandidieren möchte. Darüber hinaus pochten wir auf die Freilassung politischer Gefangener, eine offene Registrierung von Parteien, Pressefreiheit und die Demokratisierung des politischen Systems. Wenn man sich die Fotos dieser Demonstration ansieht, entdeckt man diverse politische Farben. Man blickt auf das Rot der Kommunisten, das Orange der Liberalen, die nationalistic Trikolore, die Regenbogenflagge der LGBT und viele andere. Zwischen ihnen auch eine weiße Flagge mit Adler, welche zur Russischen Libertären Partei (LPR) gehört.

Ich wurde 1991 geboren als die Sowjetunion zusammenbrach. Somit gehörte ich zur ersten russischen Generation, die in einem freieren Land lebte. Oft sind die Menschen überrascht, dass es Libertäre (Libertarismus bedeutet ein konsequenter Liberalismus, Anm. d. R.) in Russland gibt. In einer Gesellschaft, die 70 Jahre den Kommunismus mit seiner Planwirtschaft und den Gulags durchlebte, kann man sich nur schwer eine Freiheitsbewegung vorstellen. Andererseits war zur Zeit der Perestroika unter Michail Gorbatschow jedem klar, dass das Land unbedingt einen Wandel zu Demokratie und freier Marktwirtschaft benötigte. Eine der Strömungen, die für die Probleme des Landes eine Perspektive bieten wollte, kam von den Li-

bertären.

Im Jahre 1992 veröffentlichten mehrere prominente Libertäre „Die liberale Charta“. Einige von ihnen vertraten erfolgreich liberale Positionen in der Regierung, andere übersetzten libertäre Bücher ins Russische oder warben für den Liberalismus an den Universitäten. Allerdings waren die Russen größtenteils unglücklich mit den marktwirtschaftlichen Reformen in den 1990ern. Die Idee der Marktwirtschaft wurde von der Regierung gern vertreten, wenn durch die Privatisierung Oligarchen bedient wurden. Im fadenscheinigen Ausgleich wurden dann aber sämtliche Defizite der Regierung sowie die ökonomische Krise den „Liberalen“ angeheftet.

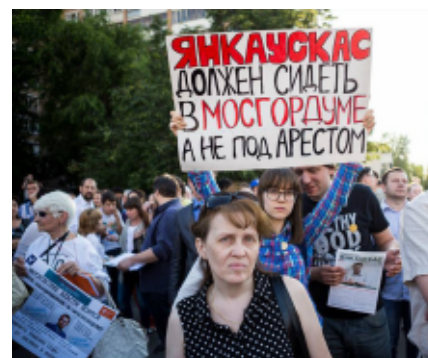
Zur gleichen Zeit wurden libertäre Ideen auch in die Tat umzusetzen: Sie gründeten die LPR. Als ich ihnen beitrug, war es eine kleine Gruppe, hauptsächlich bestehend aus Studenten und Absolventen, die sich in einem heruntergekommen Keller trafen um die Werke von Ludwig von Mises oder Murray Rothbard zu diskutieren. Seitdem wir eine Partei waren, wollten wir auch politischen Einfluss erringen. Die schwierigste Entscheidung war die Ausrichtung. Wollten wir politische Bildung betreiben oder in das politische Geschäft? Wir versuchten beides.

Die LPR begann Diskussionen am runden Tisch, Seminare, Film-Clubs und Debatten mit libertären Dozenten zu organisieren – alles um jungen Menschen die Idee der Freiheit näher zu bringen. Ziel war es, für jedes Publikum die passende Ansprache zu finden. Wenn wir über eine Militär-Re-

form sprachen, luden wir Wehrpflichtige und Mütter von Soldaten ein. Bei Veranstaltungen zum Drogenverbot kamen Experten. Über die Pressefreiheit sprachen wir mit Journalisten und Abgeordneten. Darüber hinaus gründeten wir die Zeitung „Der Atlas“ (eine Anspielung auf das weltbekannte, libertäre Buch „Atlas Shrugged“, Anm.d.Red.). Hier berichteten wir über die Geschehnisse der Partei in den verschiedenen Regionen und veröffentlichten Artikel zu verschiedenen Themen.

Als Partei verstärkten wir das politische Engagement. Auf die interventionistischen Gesetze von 2010, die Handelseinschränkungen und Preiskontrollen beinhalteten, reagierten wir mit einer Reihe von „Tea Parties“ in Moskau, Sankt Petersburg, Barnaul und anderen Regionen. Um auch junge Menschen anzusprechen, veranstalteten wir zum 5. November einen Guy Fawkes Marsch (Die Guy-Fawkes-Masken sind Symbol der Anonymous-Bewegung geworden. Anm. d. R.), um gegen staatliche Kontrollen im Internet zu demonstrieren. Zusammen mit anderen oppositionellen Bewegungen nahmen wir an größeren Demonstrationen teil und verbreiteten unsere Ideen über Flyer und Poster.

Die LPR wirkte ab 2011 aktiv bei den Protesten und Wahlüberprüfungen nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen



Vera bei einer Demonstration in Russland.

(„Snow Revolution“) mit. Der erste Parteikongress 2011 fand noch mit weniger als 20 Delegierten statt, beim dritten 2013 versammelten sich schon über 100. Nach den massiven Protesten wurden viele Menschen politisch aktiv. Mit mehr als 500 Mitgliedern in 50 Regionen ist die LPR dennoch nicht offiziell registriert, dank strikter Restriktionen. Seitdem es eine offene Registrierung gibt, die es für uns leichter macht bei Wahlen zu kandidieren, kämpfen wir gegen die letzten Hürden.

Auf der Welle dieses neuen Enthusiasmus gewannen mehrere junge Oppositionspolitiker, inklusive mir, lokale Wahlen in Moskau im März 2012. Seit 2009 nahm ich an verschiedenen Demonstrationen in Moskau teil und wurde oft verhaftet. Trotzdem wollte ich die Chance nicht missen, endlich etwas zu verändern und so wurde ich die erste gewählte libertäre Politikerin in Russland.

Als ich anlässlich der lokalen Wahlen von Tür zu Tür ging, versprach ich, für mehr Transparenz der Lokalregierungen einzustehen. Jetzt, als gewählte Abgeordnete des kommunalen Rats in Yuzhnoe Tushino Moskau, helfe ich bei Problemen im Stadtteil, um das Leben dort zu vereinfachen. Ich kann wenig erreichen, weil die großen Entscheidungen, inklusive der Verteilung von Steuergeldern, von denen getroffen werden, die in der Stadtverwaltung sitzen. Doch ich informiere meine Einwohner über öffentliche Anhörungen, schütze kleine Geschäfte und Bürger vor dem Staat, stelle lokale Autoritäten in Frage und kontrolliere Polizei und kommunale Dienstleistungen.

Im September 2014 wurde unser Vorsitzender Andrey Shalnev in den Städterrat von Pushkino Moskau gewählt. Dieser hat bedeutend mehr Kompetenzen. Unsere Aufgabe ist es nun zu zeigen, dass Freiheit funktioniert, wenn auch zunächst nur in Moskau. Wir wollen „libertär“ zum etablierten Attribut machen und zeigen, dass dies nicht nur „Anarchie für die Reichen“ bedeutet. Wir arbeiten weiter daran mit Mythen aufzuräumen und erklären, dass wir die Rechte aller Menschen, nicht nur die der Reichen, schützen wollen.

Nach den Protesten ab 2011 erlebten wir einen Hauch von Demokratisierung, doch dann begann die Regierung mit der brutalen Bekämpfung der Bürgerrechte. Am 6.

Mai 2012, der Tag von Vladimir Putins drittem Amtsantritt, protestierten wieder russische Bürger gegen eine Wahlfälschung. Die Polizei attackierte unbewaffnete Bürger in der Moskauer Innenstadt und nahm Hunderte von Demonstranten fest. 28 von ihnen wurden später wegen Aufruhr und Gewalt gegen die Polizei angeklagt. Die Staatsanwaltschaft verlangte Gefängnisstrafen von 5 bis 6 Jahren. Sie waren keine Oppositionsführer oder bekannte Aktivisten, sondern eine zufällige Auswahl aus den 100.000 friedlichen Demonstranten. Einziges Ziel war es, die Protestbewegung zu unterdrücken.

Vladimir Putin hatte erwartet, die Russen mit dem wachsenden Wohlstand in den 2000ern zufrieden zu stellen und sie von der Politik fernhalten zu können. Alarmiert durch Forderung nach freien Wahlen und Demokratie vom Mittelstand, startete er einen Kreuzzug gegen die Zivilgesellschaft. Homosexuellen-Gesetze, der Krieg gegen die NGOs, strengere Gesetze für Kundgebungen und eine Zensur des Internets. Für kritische Journalisten wurde es immer schwerer einen Job zu finden. Kritische Medien müssen entweder aufgeben oder werden verstärkt auf Regierungslinie gebracht. Die Mehrheit der Russen schaut Fernsehsender, die vollständig von der Regierung kontrolliert werden.

Seither stürzten die russischen Machthaber die Welt in einen neuen kalten Krieg. Das Land wirkt repressiv und rückwärtsgerichtet. Putin und Russland sind aber nicht dasselbe. Menschen im Westen waren sicherlich irritiert, hunderte von Russen zu sehen, welche die militärischen Aktionen in der Ukraine in Moskau und Sevastopol feierten. Doch ich bezweifle, dass Russia Today die zwei Friedensdemonstrationen mit 50.000 Menschen in Moskau im März und September ebenfalls zeigte. Meine tapferen Mitstreiter gingen auf die Straßen, um zu verdeutlichen, dass keine unschuldigen Menschen getötet werden dürfen, erst recht nicht mit unseren Steuern. Und das, obwohl durch ein neues Gesetz friedliche Demonstranten mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden können.

Sanktionen werden Putin kaum stoppen. Es leiden vielmehr die Menschen in Russland als die russischen Funktionäre. Das russische Parlament diskutiert im Moment ein „Rotenberg Villa Gesetz“, um die Rei-



Vera gerät bei ihrer Wahlkampagne mit den Sicherheitskräften aneinander.

chen und Mächtigen zu entschädigen, die durch Behörden im Ausland „illegal“ enteignet wurden – der Kremlnahe Milliardär Arkady Rotenberg verlor letzten Monat vier Villen an die italienischen Behörden. Wenn die Bevölkerung verarmt, werden es Putins Claqueure auf die „fünfte Kolonne“ schieben, während die Unterstützung für ihn weiter wachsen dürfte. Geschlossene Grenzen helfen nur der russischen Regierung beim Ausbau ihres staatlichen Monopols, vor allem bei Mr. Putins Propagandakrieg.

Vielmehr sollte die Kooperation und internationale Zusammenarbeit gestärkt werden. Individuen, nicht Regierungen, sollten sich gegenseitig helfen, die Wahrheit zu verbreiten und Frieden einzufordern. Während westliche Medien Russland als böses Reich darstellen, ist es wichtig, dass wir der Welt zeigen, dass es Menschen in Russland gibt, die gegen die militärischen Aggressionen Putins aufbegehren. Freiheit kennt keine Grenzen. Wenn du von Russland sprichst, vergiss bitte nicht, die Libertäre Partei Russlands verteidigt die Freiheit. Jeden Tag.

Die Manchester-Schule

von **Daniel Issing**

Wenn wir heutzutage vom Manchesterliberalismus hören, assoziieren wir damit oft die schlimmsten Exzesse der industriellen Revolution: Kinderarbeit, Unterdrückung des Proletariats, Massenverelendung zum Vorteil einiger weniger „ausbeuterischer“ Unternehmer und praktizierten Sozialdarwinismus par excellence. Insbesondere in Deutschland, wo die Bezeichnung bis heute eine Art Kampfbegriff ist, wurde die Bewegung von Beginn an heftig angefeindet; sozialdemokratische und sozialistische Strömungen feuerten, oft von nationalistischen oder antisemitischen Untertönen begleitet, Salve um Salve des Hohns und Spotts in Richtung England. Doch wie viel Wahrheit steckt in diesen Anfeindungen? Waren die Manchesterliberalen nur das Sprachrohr einer sich neu formierenden, privilegierten Klasse, ohne Rücksicht auf die Sorgen und Nöte der restlichen Bevölkerung?

Der Manchesterliberalismus war zuallererst eine freiheitliche Strömung, die ihren Höhepunkt in England zur Mitte des 19. Jahrhunderts erreichte. Aus der Anti Corn-Law League hervorgegangen, die sich für die Abschaffung der Schutzzölle auf Ge-



Richard Cobden

treide einsetzte, wurde er unter der Führung von John Bright und Richard Cobden bald zum Synonym für allgemeine Freihandels- und Friedensbestrebungen. Zentrale Überzeugung der Manchesterliberalen war, dass staatliche Eingriffe in das Leben der Bürger fast immer zu Lasten der ärmsten Bevölkerungsschichten gingen, obwohl diese meist sogar zur Rechtfertigung der Maßnahmen herangezogen wurden. Außenpolitisch vertraten sie einen radikalen Pazifismus und verstanden sich, im Gegensatz zur damals vorherrschenden Meinung, als Fundamentallopposition zum Militarismus, zum Kolonialismus und zur Sklaverei; allesamt Praktiken, mithilfe derer sich die Herrschenden auf Kosten der Massen bereicherten. Der bedeutende französische Ökonom Frédéric Bastiat, der stark von der Manchesterschule beeinflusst war, fasst dies in einem seiner bekanntesten Zitate so zusammen: „Wo Waren die Grenzen

nicht überqueren dürfen, werden es irgendwann Soldaten tun.“

Der Erfolg ihrer Bemühungen war durchaus beachtlich: Nach und nach fielen zahlreiche Handelsbeschränkungen und das daraus resultierende Wohlstandswachstum im Zuge der industriellen Revolution spricht Bände. Für Cobden, der Zeit seines Lebens oft hoch verschuldet war, weil er seinen persönlichen Besitz dazu aufwendete, den Ärmsten unter die Arme zu greifen, errichteten die englischen Arbeiter nach seinem Tod zahlreiche Denkmäler. Und auch intellektuell wirkte der Manchesterliberalismus weiter. In Deutschland inspirierte er beispielsweise die von Hermann von Schultze-Delitsch initiierte Genossenschaftsbewegung oder die Deutsche Fortschrittspartei um Eugen Richter, dem erbittertsten Gegner der imperialen Bestrebungen Wilhelms II.

Nützliche Idioten im Dienste der Ausbeuter? Mitnichten. Die Sympathien der Manchesterliberalen galten stets dem „kleinen Mann“, und im Gegensatz zu vielen anderen, hochtrabenden Bewegungen trugen sie wirklich zur Verbesserung seiner Lage bei.

William Wilberforce

von **Timotheus Stark**

Sklaverei ist eines der dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte. William Wilberforce setzte sich sein Leben lang für deren Abschaffung ein.

Durch die neuen Kolonien in Amerika verstärkten die europäischen Staaten ihre militärischen Bemühungen für den Sklavenhandel. Seit 1480 wurde „Menschenmaterial“ aus Afrika exportiert, wofür man ganze Dörfer versklavte. Ab 1562 beteiligte sich Großbritannien am Sklavenhandel. In den nächsten 350 Jahren wurden ca. 30 Millionen Afrikaner verschleppt, ebenso viele kamen durch Jagd und Han-

del ums Leben.

Als William Wilberforce 1759 im englischen Hull geboren wurde, schien sein Lebensweg von solchen Fragen unberührt zu bleiben. In einer privilegierten Familie entwickelte er sich zum redegewandten jungen Mann, der eher einen bunten Lebenswandel liebte. Er studierte an der Universität Cambridge und blickte einer erfolgreichen Zukunft entgegen. Schon im zarten Alter von 20 Jahren kandidierte er als Parteiloser für einen Sitz im britischen Unterhaus, in das er 1780 gewählt wurde. Doch auf einer Reise durch Europa um



William Wilberforce

1784 änderte sich sein Leben dramatisch. In der Jugend interessierte ihn noch

Bewegungen der Vergangenheit

Glücksspiel und Theater. Nach seiner Reise wandte er sich Querdenkern zu, konvertierte zum evangelikalen Protestantismus und verkehrte mit Quäkern und Methodisten. Neue Ideen über Reformen der Sitten und der Abschaffung der Sklaverei weckten sein Interesse. Die Überzeugung dieser Menschen faszinierte ihn. Seine Vorstöße waren mutig.

Er setzte sich gegen die Todesstrafe ein und gründete die „Gesellschaft zur Verhinderung von Tierquälerei“. Vor allem sein Einsatz für das Ende der Sklaverei veränderte die Welt.

Er war ein geachteter Mann, der sich jeden Tag für ein langes, inniges Gebet zurückzog, und wurde von anderen als

witziger und geistreicher Mensch wahrgenommen. Im Parlament vertrat er stets seine eigene Meinung und wollte parteiübergreifend überzeugen.

1787 begannen Wilberforce und seine Mitstreiter Kampagnen gegen den britischen Sklavenhandel. Fällt dieser, glauben sie, fällt auch die Sklaverei. Überall sammelten Menschen Beweise für Grausamkeiten auf Sklavenschiffen, hielten öffentliche Reden und brachten hunderttausende von Unterschriften für Petitionen ins Parlament. 1789 hielt Wilberforce seine erste Rede hierzu im Parlament und in den kommenden 18 Jahren brachte er fast jedes Jahr Gesetzesvorschläge ein. Nach langem kräftezehrenden

Kampf wurde am 23. Februar 1807 das Gesetz zur Abschaffung des Sklavenhandels verabschiedet. Britische Schiffe, die einen Großteil des Sklavenhandels durchführten, sollten nie wieder Menschen als Sklaven an Bord verfrachten. Da die Sklaverei nicht ihr erwartetes Ende nahm, setzte er sich in den folgenden Jahren auch für die Abschaffung der Sklaverei in Großbritannien und seinen Kolonien ein. Als sich seine Gesundheit zunehmend verschlechterte, übernahmen jüngere Mitstreiter seinen Kampf. Am 29. Juli 1833 verabschiedete er sich von der Welt, drei Tage nachdem auch die Sklaverei in Großbritannien abgeschafft wurde.

Deutsche Frauenvereine

von **Anna-Lena Kämpel**

Die Teilnahme der Frau an den Interessen des Staates ist nicht ein Recht, sondern eine Pflicht.“

Louise Otto-Peters prägte diesen Satz 1843. Sie war eine der frühen Aktivistinnen der deutschen Frauenbewegung. Diese begann um 1813 mit der Gründung der ersten deutschen Frauenvereine. Die Vereine fühlten sich vorerst für Belange der Wohlfahrt zuständig, waren aber der Vorläufer der politischen Frauenvereine, die ab 1865 in großer Zahl gegründet wurden. Vorreiter war der Allgemeine Deutsche Frauenverein (ADF). 1894 gründete sich der Bund Deutscher Frauenvereine, dem knapp 20 Jahre später bereits 2200 Vereine angehörten. Die meisten Vereine setzten sich zuerst vor allem für eine Verbesserung der Mädchenbildung und eigenständige Erwerbsmöglichkeiten für Frauen ein, um die Frauenarmut zu bekämpfen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden auch die Rufe nach dem Wahlrecht für Frauen immer lauter. Während des ersten Weltkrieges wurden immer mehr Tätigkeitsfelder für Frauen geöffnet. Die Männer waren häufig invalide oder im Krieg geblieben, es fehlten Arbeitskräfte

und die Frauen brauchten Arbeitsstellen. Damit war vielen Gegnern des Frauenwahlrechts der Wind aus den Segeln genommen: 1918, mit der Begründung der Weimarer Republik, durften Frauen das erste mal an politischen Wahlen teilnehmen. Doch die neue politische und gesellschaftliche Position der Frauen wurde während der Herrschaftszeit Hitlers wieder zurückgeworfen. Emanzipatorische Bewegungen wurden als jüdische oder marxistische Ideen klassifiziert und bekämpft, Frauen wurden aus politischen Positionen und vom Arbeitsmarkt verdrängt, der Bund deutscher Frauenvereine löste sich unter dem Druck des Regimes selbst auf. Erst nach dem Krieg gründeten sich wieder überparteiliche Frauenausschüsse. Sie erreichten 1949 die Verankerung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in Artikel 2, Absatz 3 des Grundgesetzes. Nach diesem Erfolg kam es zu einem Absinken des feministischen Engagements und die Bewegung konzentrierte sich auf die gesellschaftliche Umsetzung und Unterstützung des Gleichberechtigungsartikels.

Mitte der 1960er begann die neue feministische Bewegung, der auch Alice Schwarzer

angehörte, aktiv zu werden. Ihre Ziele waren die Selbstverwirklichung, Selbstbestimmung, Gleichbehandlung und Gleichstellung

der Frau. In den 70ern wurde die Bewegung zunehmend in den Massenmedien präsent. Das bekannteste feministische Medienprodukt ist wohl die Zeitschrift EMMA, die seit 1977 herausgegeben wird.

Seit den 80er Jahren differenziert sich die Frauenbewegung wieder zunehmend und hat sich mittlerweile in eine feministische und eine antifeministische Strömung geteilt. Die Antifeministinnen kämpfen dagegen, dass Feministinnen immer weitere staatliche Maßnahmen zum Schutz der Frau fordern, und damit dem Prinzip der Gleichberechtigung nicht entsprechen. Die heutige feministische Bewegung ist über das Ziel hinaus geschossen. Doch den alten Feministinnen verdanken Frauen ihr Wahlrecht, ihre Gleichberechtigung und ihre Selbstbestimmung.



Foto: Karl Maria Stadler (Commons)

Türkischer Frühling?

Freiheit lässt sich nicht niederknüppeln

von **Nur Baysal**

5 tote Demonstranten, 6 Suizidfälle bei den Sicherheitskräften, über 8000 Verletzte und über 5000 Festnahmen. Dabei hatten die Auseinandersetzungen in der Türkei 2013 relativ unscheinbar begonnen: Auf dem Gelände des Gezi-Parks nahe des Taksim-Platzes in Istanbul sollte ein neues Einkaufszentrum gebaut werden. Die Anwohner lehnten das Bauprojekt ab, weil damit eine der wenigen Grünflächen Istanbuls zerstört werden sollte. Am 28. Mai demonstrierten sie im Park gegen den Bau. Bis dahin hätte niemand gedacht, dass sich aus diesem harmlosen Protest eine Bewegung gegen die Regierung entwickeln würde, die bald das ganze Land erfassen sollte. Auslöser war das unverhältnismäßig brutale Vorgehen der Polizeikräfte gegen die Demonstranten. Amnesty International berichtet, friedliche Demonstranten seien mit Schlagstöcken, Tränengas und Wasserwerfern angegriffen worden. Auch Human Rights Watch berichtet von unverhältnismäßigem und illegalem Einsatz von Tränengas. Offenbar wurden gezielt ganze Gaskartuschen aus nächster Nähe auf friedlich protestierende Menschen abgefeuert.

Eine junge Frau in einem roten Sommerkleid wurde zum traurigen Symbol des Widerstandes: Ceyda Sungur, Stadtplanerin in Istanbul stand friedlich in der Umgebung des Gezi-Parks, als sie von Polizeikräften unvermittelt attackiert wurde. Sie trug weder besondere Schutzkleidung, noch Waffen jeglicher Art mit sich. Sie beteiligte sich nicht einmal sichtbar oder gar

aggressiv an den Protesten. Das hielt die Einsatzkräfte nicht davon ab, sie aus kürzester Entfernung mit Schlagstöcken und Reizgas zu attackieren. Diese Bilder gingen um die Welt und binnen kürzester Zeit wurde die Frau in Rot als Symbol des türkischen Frühlings bekannt. Aus diesem unverhältnismäßigen Einsatz von Polizeigewalt entstand schnell eine um einiges größere und allgemeinere Empörung gegenüber der Regierung. Regierungskritische Stimmen und Publikationen gab es bereits vor den Demonstrationen. Die meisten davon aus dem liberalen Lager: Das linksliberale Magazin RADIKAL beispielsweise, sowie zahlreiche Onlineinitiativen, Petitionen und Facebookseiten, die im Internet kursierten.

Kritische Stimmen hört man vor allem in der jugendlichen und urbanen Generation der Türkei. Doch erst die grausamen Ausschreitungen der Polizei gegen die Demonstranten am Taksim-Platz lies diese vorher vereinzelt auftretende Unzufriedenheit bestimmter Bevölkerungsschichten zu einer gesellschaftlich übergreifenden Volksbewegung werden.

Motivation der Bewegung

Um die Motivation der Taksimbewegung besser zu verstehen, muss man den Einfluss Recep Tayyip Erdogans und seiner Partei AKP auf die türkische Gesellschaft verstehen. Es zeigt sich ein ambivalentes

Bild. Erdogan machte lange den Eindruck eines privat religiösen Menschen ohne Intentionen, staatliche Gewalt zur Durchsetzung seiner religiös-normativen Ansichten zu verwenden.

2001 beschränkte die AKP die Rolle des nationalen Sicherheitsrates, mittlerweile überwiegen in der Zusammensetzung die Zivilisten mit 7:5, der Generalsekretär ist ein Zivilist und der Sicherheitsrat gibt nur mehr Empfehlungen ab (der nationale Sicherheitsrat bestimmte früher die Sicherheitspolitik der Türkei, Anm. d. Red.). 2009 wurde durch eine Initiative Erdogans der erste Fernsehender in kurdischer Sprache

genehmigt. Ausstrahlen der kurdischen Sprache war bis dahin stark reglementiert und bis 1991 war sogar das Sprechen von Kurdisch verboten. 2010 wurde auch das Kopftuchverbot an Universitäten aufgehoben - das Verbot von Kopftüchern in allen öffentlichen Gebäuden bleibt damit zwar bestehen, de facto dürfen Studentinnen bei Verstoß gegen diese Kleiderordnung allerdings nicht mehr vom Unterricht ausgeschlossen werden. Die AKP reformierte außerdem die Justizpolitik: Christliche und jüdische Minderheiten erhielten in der Vergangenheit enteignete Immobilien zurück, fremdsprachige Publikationen wurden erlaubt, EU-Recht wurde gegenüber nationalem Recht Priorität eingeräumt. Erdogan setzte diese Reformen vor allem aus strategischer Motivation durch, um die EU-Beitrittsverhandlungen zu Gunsten der Türkei zu lenken.



Video: Der Angriff auf Ceyda Sungur



Massen versammelten sich am Taksim-Platz. Foto: Msyslav Charnov (Commons)

Diese sehr säkulären Maßnahmen sind umso verwunderlicher, wenn man sich bewusst macht, in welchen islamistisch-nationalistischen Kreisen Erdogan seine ersten politischen Erfahrungen sammelte. In seiner Jugendzeit war Erdogan aktiv in der türkisch-islamistischen Untergrundorgani-

Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“ - Recep Tayyip Erdoğan
Damit Erdogan das Amt des Ministerpräsidenten übernehmen konnte, wurde nach dem Wahlsieg der AKP die Verfassung geändert, um sein Parteiverbot aufzuheben.



Tränengasnebel auf dem Taksim-Platz. Foto: Msylav Charnov (Commons)

sation Akıncılar Derneği (Verein der Vorkämpfer). 1984 stieg er dann in den Vorstand der Nachfolgepartei Refah Partisi (Wohlfahrtspartei) auf. Wegen der Verletzung der laizistischen Verfassungsprinzipien (laizistisch: Trennung von Kirche und Staat, Anm. d. Red.) der Türkei wurde die Partei verboten und er schloss sich der zweiten Nachfolgepartei Fazilet Partisi (Tugendpartei) an. Auch diese Partei wurde 2001 vom türkischen Verfassungsgericht aus den selben Gründen verboten - generell sind Parteiverbote in der politischen Geschichte der Türkei keine Seltenheit. Im selben Jahr gründete er mit einigen anderen ehemaligen Mitgliedern der Tugendpartei die AKP, in der er bis September 2012 Parteivorsitzender war.

Im Jahr 1998 war Erdogan vom Staatssicherheitsgericht zu lebenslangem Parteiverbot und zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Grund: „Aufstachelung zur Feindschaft auf Grund von Klasse, Rasse, Religion, Sekte oder regionalen Unterschieden“. Anlass dazu war ein Auszug aus einem religiösen Gedicht, den er während einer Konferenz in der ostanatolischen Stadt Siirt in der Öffentlichkeit zitiert hatte:

„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere

Vor diesem Hintergrund ist es kaum verwunderlich, dass die Politik Erdogans in seiner dritten Amtszeit deutlich autoritärer und repressiver wurde. Die Meinungs- und Pressefreiheit wurden massiv eingeschränkt, Erdogan selbst sprach Drohungen gegen zwei Zeitungen aus, die

über Korruptionsfälle der Regierung berichteten. Der westliche Lebensstil der säkulären Mittelschicht sollte sich den islamischen Normen der AKP unterordnen. Dass die AKP ihre eigenen islamischen Normen plötzlich über die der breiten Bevölkerung stellte war ein Faktor, der den Ärger der Massen erregte und es möglich machte, dass die Taksimbewegung sich schnell in allen Provinzen der Türkei ausbreitete und sich zu einem Kampf gegen die autoritärer werdende Regierung entwickelte.

Hoffnung

Doch die Proteste sind mittlerweile beinahe eingeschlafen. Traditionell haben die Türken auf politischer Ebene nur die Wahl zwischen der zwanghaften Durchsetzung linker oder religiös-konservativer Ideale durch den Staat. Kann sich unter diesen Umständen überhaupt eine liberale,

staatskritische Bewegung formatieren? Bisher konnte sich keine liberale Strömung im parlamentarischen System der Türkei etablieren.

Hoffnung macht beispielsweise eine liberale Jugendorganisation aus Istanbul. Die 3h - Bewegung, auch bekannt als 3h Hareketi und Hürriyet Hukuk Hoşgörü Hareketi ist eine klassisch-liberale Jugendorganisation. Mit über 2000 Mitgliedern und freiwilligen Helfern ist die Organisation eine der größten dieser Art in der Türkei und bereits seit Dezember 2006 aktiv. Seitdem setzt sich die 3H - Bewegung aktiv in der türkischen Gesellschaft gegen illiberale Ideologien und faschistisch-nationalistische Tendenzen der konservativen Strömungen, gegen Sozialismus und linken Extremismus ein.

Um die Politik eines Landes langfristig zu verändern, muss an die Grundpfeiler der gesellschaftlichen Werte appelliert werden. Das System der parlamentarischen Politik ist allzu häufig inhärent kurzfristig und darauf aus, durch Kompromisse Popularität zu gewinnen, sowie Entscheidungen beizuführen, die bereits in der nächsten Legislaturperiode nichtig gemacht werden können.

Es werden letztendlich Organisationen wie 3H Hareketi sein, die auf gesellschaftlichen Wandel und Aufklärung der Bevölkerung setzen und damit versuchen, die Türkei zu liberalisieren und eine transparentere Demokratie herbeizuführen. Wie erfolgreich diese Freiheitsbewegung in der Türkei sein wird, ist ungewiss. Aber es ist abzusehen, dass die junge und urbane Bevölkerung sich nicht widerstandslos konservativ-religiöse Ideale seitens der Regierung aufzwingen lassen wird.

Seit den Ereignissen im Gezi-Park und am Taksim-Platz ist über ein Jahr vergangen, doch ein Grundtenor der Rebellion ist in der Bevölkerung noch vorhanden. Taksim hat die türkische Bevölkerung aufässiger und kritischer werden lassen.



Nur Baysal, 20, studiert derzeit Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln. Sie ist Gründerin der Kölischen Libertarier, die in Köln und Bonn regelmäßig Veranstaltungen und Lesekreise organisieren. Sie gehört außerdem zum Executive Board der European Students For Liberty.

Wer rettet die Pandas?

Eigentumsrechte und Umweltschutz

von **Jorge Arnez-Prinzhorn**

Große Ohren, schwarz-weißes Fell, immer am Bambusfressen: Der in Asien beheimatete Panda ist zwar nicht gerade weit herumgekommen, hat es aber zu großer Bekanntheit gebracht. Seit Antlitz zierte das Logo der Naturschutzorganisation WWF. Der Ruhm hat jedoch einen traurigen Hintergrund. Der Panda wurde als Symbol ausgewählt, weil er als bedrohte Tierart gilt. Mittlerweile stehen viele andere Arten wie Elefanten, Löwen, Nashörner und Berggorillas auf der Liste der bedrohten Tierarten. Wie kann man verhindern, dass wir in Zukunft nur noch in alten Geschichten von diesen Arten hören? Naturschutzorganisationen haben meist nur einen Lösungsvorschlag: Das Verbot, bedrohte Tierarten zu jagen und Handel mit ihren Pelzen, Ledern und Elfenbeinen zu treiben. Es gibt jedoch schon lange international geltende Verbote, die nichts an der prekären Situation geändert haben. Die Elefantenpopulation in Afrika ist seit den 1970ern um zwei Drittel gesunken, obwohl der Handel mit Elfenbeinen verboten ist.

Tatsächlich sind Handelsverbote kontraproduktiv, wenn es darum geht, bedrohte Arten zu beschützen. Der Handel mit Pelzen und Elfenbeinen war für die oft bettelarmen Einheimischen ein lukratives Geschäft. Das Problem war das Fehlen geregelter Eigentumsrechte. Wir haben es hier mit einem klassischen Problem zu tun, das man die "Tragödie der Allmende" nennt. Wenn es ein Gut gibt, das niemandem gehört, zu dem aber jeder Zugang hat - in diesem Fall die Wildtiere - neigen die Menschen zur Übernutzung. Die Wildtiere hatten keine Besitzer, also wurden sie

rücksichtslos gejagt, bis viele von ihnen ausstarben. Um dieses Problem zu lösen, wurden jedoch die falschen Mittel gewählt. Die Verbannung in die Illegalität hatte zur Folge, dass die Wildtiere für die Einheimischen nun gar keinen Wert mehr hatten, da sie mit dem häuslichen

Viehbestand konkurrierten und Land besetzten, das bewirtschaftet, bebaut oder anderweitig benutzt werden konnte. Andere wiederum betrieben Wilderei, um die Elfenbeine und Pelze zu überhöhten Preisen im Schwarzmarkt zu verkaufen. Die Wildtiere wurden nun noch rücksichtsloser gejagt. Für die Einheimischen lohnte es sich schlicht nicht, sie zu beschützen.

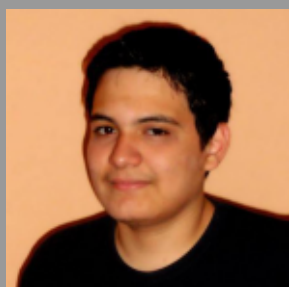
Wie schafft man es aber, die bedrohten Arten effektiv vor dem Aussterben zu bewahren? Der beste Weg ist es, den Wert, den der Schutz von bedrohten Arten für die Menschen hat in Eigentumsrechte und freien Handel zu übertragen. Die Besitzrechte an den Wildtieren sollten an diejenigen übergehen, auf dessen Land die Tiere leben, in unbesiedelten Gegenden können Nationalparks errichtet werden. Die Jäger können so nicht mehr einfach unkontrolliert wildern und die Bestände dezimieren, sondern müssen erst die privaten Eigentümer bezahlen, denen die Tiere und damit auch die Jagdrechte gehören. Die Besitzer der Wildtiere bekommen dadurch genug



Immer am Bambusfressen - Der Panda.

Einnahmen, um den Schutz der Natur zu finanzieren. Eine sehr wichtige Rolle spielt auch der Tourismus. Viele Europäer reisen nach Afrika, um die exotische Natur zu bewundern, und sind bereit, viel Geld dafür auszugeben. Wenn sie einen Wert haben, lohnt es sich für die Einheimischen, die Wildbestände sorgsam zu hüten, und die Wilderei wird eingeschränkt.

Ein gutes Beispiel für diesen Weg liefert Namibia. Nach langer Zeit der Wilderei verteilte die Regierung in den 1960er Jahren die Besitzrechte für die Wildtiere an die Landbesitzer. Es entstanden florierende Nationalparks, die Wildbestände nahmen zwischen 1972 und 1992 um satte 70 Prozent zu. Auch in Nordamerika hat sich dieser Weg bewährt. Im Jahr 1900 gab es in den USA nach jahrzehntelanger Wilderei nur noch 200 Bisons, heute sind es wieder 500.000, davon sind 95% in Privatbesitz. Ganz anders sieht es in Kenia aus, wo Jagd- und Handelsverbote eingeführt wurden und es zu einer Massenwilderei kam. Die Wildbestände haben seit 1977 um 60 und 70 Prozent abgenommen. Dort, wo Eigentumsrechte und freier Handel herrschen geht es den Wildtieren am besten, in den Ländern mit Jagd- und Handelsverboten sind sie dagegen vom Aussterben bedroht. Wer rettet also die Pandas und andere bedrohte Arten? Es sind wir, wenn wir ihnen den Wert geben, den sie für uns - als Jäger, Händler und Touristen - haben.



Jorge Arnez-Prinzhorn ein Internet-Aktivist mit dem Ziel, freiheitliche Ideen unter die Leute zu bringen. Sein größter Antrieb ist der Glaube an den Fortschritt.

Mehr von Jorge?

<http://arprin.wordpress.com>

Es geht um DICH

Über die Diskriminierung von Frauen

von **Anna-Lena Kümpel**

Der Gender Pay Gap sagt 22%, das statistische Bundesamt sagt 8% und eine Studie des DIW sagt ca. 4%. Wie man es auch dreht: der Durchschnitt der Frauen verdient weniger Geld als der Durchschnitt der Männer. Ein Teil der 22% des Gender Pay Gap lässt sich leicht erklären. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit, typische Frauenberufe sind schlechter bezahlt als typische Männerberufe und Frauen arbeiten deutlich seltener in hochbezahlten Spitzenpositionen. Übrig bleibt der Einkommensunterschied von 8%, von dem das statistische Bundesamt ausgeht. Betrachtet man die Nettogehälter, halbiert sich der Unterschied noch einmal.

Hinter der verbleibenden Lohnlücke, wahlweise auch hinter der 22% oder 8%, wittern Feministinnen und Linke schnell eine direkte Diskriminierung der Frau oder ein vollständiges Versagen des Doppel-X-Chromosoms auf dem Arbeitsmarkt. "Frauen, wir haben versagt" titelte Bettina Weigung 2008 in der FAZ. Versagt haben "wir", weil weder Mark Zuckerberg noch Bill Gates eine Frau ist, weil "wir" zwar die Hälfte der Hochschulabsolventen stellen, die innovativen Ideen aber noch immer von den Männern kommen. "Schon wieder eine Revolution, die ohne uns auskommt", betrauert Weigung "unser" Schicksal.

Dabei gibt es recht plausible Erklärungen für die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Mann und Frau. Und hinter allen steckt eine schlichte Erkenntnis: Die durchschnittliche Frau tickt anders als der

durchschnittliche Mann. Bei all dem Wirbel um "uns Frauen" hat man vergessen, die Frau zu fragen, wie sie sich mit ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation fühlt.

Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit, weil sie sich Zeit für ihre Familie wünschen, Männer sind oft eher auf ihre Karriere fixiert. Dies ist nicht unbedingt auf einen biologischen Unterschied zwischen den Geschlechtern zurückzuführen, sondern auf einen langen Sozialisationsprozess.

Es bedeutet auch nicht, dass einem Menschen der wirtschaftliche Aufstieg verwehrt bleibt, weil er zufällig eine Frau ist. Oder dass ein Mann nicht zugunsten der Familie auf seine Karriere verzichten kann. Es bedeutet aber, dass eine Frau sich oft freiwillig für eine Teilzeitstelle entscheidet, um Zeit für ihre Familie zu haben und so glücklicher ist, als mit einem Vollzeitjob.

Auch typische geschlechterspezifische Berufe entstehen nicht aufgrund von Zwang. Sie entstehen, weil Frauen offenbar lieber Haare frisieren als Autos zu reparieren. Und auch das ist ein Ergebnis von Tradition und Sozialisation.

Dass typische Frauenberufe niedriger entlohnt werden als typische Männerberufe, entscheidet keine geheime chauvinistische Männerverschwörung, sondern der Markt. Dahinter steckt keine systematische Benachteiligung von Frauen. Eine organisierte Diskriminierung von Frauen können sich die Unternehmen bei der aktuellen Marktsituation ohnehin nicht leisten. Jede gut ausgebildete Fachkraft wird benötigt, egal ob Mann oder Frau.

Trotzdem finden sich kaum Frauen in den Aufsichtsräten oder an den Konzernspitzen. Eine Frau, die Zeit für ihre Familie haben will, wird kaum eine belastende Spitzenposition anstreben. Aber hier spielen auch andere Faktoren eine Rolle. Frauen sind oft weniger durchsetzungsfähig als Männer und gehen anders mit Stress oder mit Konflikten um. Sie stehen außerdem seltener unter dem gesellschaftlichen Druck, wirtschaftlich besonders erfolgreich sein zu müssen, und sind mit einer gut bezahlten Position im mittler-

en Management durchaus glücklich und weit weniger gestresst als ihre männlichen Kollegen mit 80-Stunden Woche. Frauen, die große Konzerne leiten sind aber kein biologisch und sozial unmögliches Phänomen. Es ist allerdings breiter Konsens, dass Frauen erst gleichgestellt sind, wenn sie die Hälfte der Führungspositionen besetzen und im Schnitt das gleiche verdienen wie Männer.

Dabei wird meist übersehen, dass es kein weibliches Kollektiv gibt. "Wir Frauen" sind eine Einbildung. Genauso wie unser Kampf gegen "die Männer". Der Wettkampf der aggregierten Geschlechter ist bedeutungslos. Es geht vielmehr um das Glück und die Selbstverwirklichung des Individuums, nicht darum, möglichst viel zum Durchschnitt des eigentlichen Geschlechtes beizutragen. Jede Frau, die Karriere machen will, darf sich nicht einschüchtern lassen von einer Zahl, zu der sie nur ein Vierzigmillionstel beiträgt. Wer sich auf der alten Leier der Diskriminierung durch die Männer ausruht, diskriminiert sich selbst. Die Lösung für das Problem der aggregierten Ungleichbehandlung von Frauen in der Wirtschaft sind also wir selbst. Nicht wir alle gemeinsam, sondern jede von uns.



Anna-Lena Kümpel, 20, studiert Sozialwissenschaften an der Universität Stuttgart. Sie ist Mitglied bei den Töchtern der Freiheit und Redakteurin dieses Magazins.

Mehr von Anna-Lena?

<http://www.toechterderfreiheit.blogspot.de>

Öffnet die Grenzen!

Wie Offene Grenzen für mehr Wohlstand, Freiheit und Frieden sorgen können

von **Kalle Kappner**

Die Öffnung der Grenzen ist die größte globale Herausforderung der Menschheit seit der Überwindung des Sklavenhandels. Nicht die Hautfarbe, das Geschlecht, die Religion oder der ererbte Familienname bestimmen heute wesentlich über die Lebenschancen der Menschen, sondern die Diskriminierung aufgrund von Staatszugehörigkeit und Geburtsort steht heute dem Ideal gleicher Chancen für alle Erdenbürger am stärksten entgegen. Wer es ernst meint mit dem Wunsch nach Freiheit, Frieden und Wohlstand weltweit, der muss sich für Offene Grenzen und Bewegungsfreiheit für alle Menschen einsetzen. Mit dem Gemeinschaftsblog „Offene-Grenzen.net“ und der Online-Plattform „de.openborders.info“ sind in diesem Jahr gleich zwei deutschsprachige Webseiten angetreten, um diesen Überzeugungen Rechnung zu tragen. Ihr Motto:

Laissez-faire, Laissez-passer!

Bewegungsfreiheit – ein ungleich verteiltes Privileg

In den Urlaub fahren, wohin man möchte; arbeiten, wo man will; wahllos mit dem Finger auf den Globus zeigen und den nächsten Sommertrip planen – als Bürger der Europäischen Union ist die schrankenlose Reisefreiheit für uns mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden. Auch die Möglichkeiten, im Ausland zu studieren oder dort für eine Weile zu arbeiten nehmen immer mehr junge Menschen wahr. Wer im Besitz eines deutschen Passes ist, hat das große Los gezogen und kann weltweit 174 Staaten und Territorien ohne Visum besuchen. Nur finnische, schwedische und britische Pässe erlauben ein ähnlich hohes Maß an Bewegungsfreiheit.

Dieses unglaubliche Privileg genießt ein großer Teil der Menschen außerhalb der Wohlstandsinseln Nordamerikas, Europas und Ostasiens nicht einmal annähernd. Denn wer in Afghanistan, Nepal oder in Zentralafrika geboren wurde, der gehört

rein statistisch nicht nur zu den ärmsten Menschen der Welt, sondern hat auch die geringste Chance, der Armut durch Auswanderung zu entfliehen. In einigen Fällen beschränken totalitäre Regime die Auswanderungsmöglichkeiten ihrer eigenen Bürger – man denke an Kuba

oder Nordkorea. Doch in den meisten Fällen sind es die Einwanderungsbeschränkungen der wohlhabenden Staaten, die die Flucht aus der Armut unmöglich machen. Auch unsere „Festung Europa“ wird an ihren Außengrenzen streng bewacht – manchmal mit tödlichen Konsequenzen.

Offene Grenzen schaffen Wohlstand

Die Vorstellung, in ein anderes Land auszuwandern, um den eigenen materiellen Wohlstand zu vergrößern, ist uns meist fremd – denn es geht uns doch sehr gut in Deutschland. Doch für die italienischen und türkischen „Gastarbeiter“, die ab den 50er Jahren nach Deutschland strömten, gab es keinen sehnlicheren Wunsch, als im reichen Deutschland zu arbeiten und am Wohlstand zu partizipieren. Den gleichen Drang verspüren heute Millionen hungriger und aufstiegswilliger Menschen in der Dritten Welt, denen der Zutritt zu Wohlstand und Arbeit gesetzlich versperrt wird. Für den gleichen Beruf, den sie heute in ihrem Heimatland ausüben (etwa als Taxifahrer), könnten sie in den wohlhabenderen Regionen der Erde weitaus mehr verdienen. Die sogenannte Ortsprämie – der Anteil des Reallohns, der nur auf den Arbeitsort zurückgeht – ist für einen Migranten aus der Dritten Welt gewaltig.

Doch nicht nur für die Migranten selbst bedeutet mehr Einwanderung mehr Wohlstand. Der Ökonom Michael Clemens spricht von „Billionen-Dollar-Scheinen“, die unbeachtet auf dem Bürgersteig liegen und nur darauf warten, eingesammelt zu



werden: Die Öffnung aller Grenzen weltweit und die damit verbundenen Migrationsbewegungen würden nach seinen Berechnungen das Welt-Bruttoinlandsprodukt um bis zu 150% steigen lassen. Davon profitieren nicht nur Migranten, sondern wir alle in unserer Rolle als Konsumenten auf einem stark wachsenden Markt.

Doch was ist mit all jenen, die nicht auswandern können oder wollen? Leiden sie nicht unter dem „Brain Drain“, der Flucht der gut qualifizierten Arbeitskräfte in den reichen Westen? Heute, mit Einwanderungsregelungen, die nur gut qualifizierte und wohlhabende Migranten durch die Grenzen lassen, gibt es diesen Effekt durchaus. Doch durch die Öffnung der Grenzen auch für geringer qualifizierte und ärmere Migranten, erhält jeder die Chance, Armut und Repression zu entfliehen – egal ob „Brain“ oder nicht. Ebenfalls nicht zu unterschätzen ist außerdem die Rolle der Rücküberweisungen, die erfolgreich Ausgewanderte an ihre zurückbleibenden Familien senden. Über 540 Milliarden Dollar sendeten Migranten 2012 in ihre Heimat. Das ist weitaus mehr, als an offizieller Entwicklungshilfe geleistet wird.

Offene Grenzen verhindern Unterdrückung

Die Aussicht auf vermehrten Wohlstand ist ein wichtiges Motiv für Migranten und ein guter Grund für uns, unsere restriktive Grenzpolitik zu überdenken. Doch es geht nicht nur um materiellen Wohlstand. Auch wem an der Förderung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen in der Dritten Welt, an der Religions- und Meinungsfreiheit und an der Überwindung patriarchalischer und gewaltsamer Traditionen gelegen ist, sollte sich für Offene Grenzen einsetzen. Der interne Druck einer auswanderungsbereiten Bevölkerung war schon immer das effektivste Instrument gegen repressive, die Menschenrechte verletzende Regierungen. Diese Erfahrung haben vor langer Zeit auch europäische Auswanderer gemacht, die in der Weite Nordamerikas einen Neuanfang frei von politischer Unterdrückung und religiöser Verfolgung gemacht haben

– und so zur Gründung der ersten modernen Demokratie beigetragen haben.

Es ist verwerflich, den Opfern tyrannischer Regime die Flucht zu verwehren, indem ihnen der Grenzübertritt verboten wird. Aus diesem Grund ist das Asylrecht unangefochtener Bestandteil des demokratischen Rechtsstaates. Doch viel zu wenige können dieses Recht wahrnehmen, denn die Hürden sind hoch und viele Quellen systematischer Unterdrückung bleiben unbeachtet. Solange die westlichen Nationen ihre Grenzen undurchlässig lassen, ist die proklamierte Förderung von Menschenrechten und Demokratie weltweit nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Denn die repressiven Eliten der Dritten Welt haben nur wenige Gründe, politische Reformen einzuleiten und einen kulturellen Wandel zuzulassen, solange sie sich sicher sein können, dass ihre Opfer ohnehin nicht fliehen können.

"Der interne Druck einer auswanderungsbereiten Bevölkerung war schon immer das effektivste Instrument gegen repressive Regierungen"

Was hält uns noch auf?

Offene Grenzen sind keine unrealistische Utopie aus dem Elfenbeinturm. Tatsächlich waren etwa die Ländergrenzen in Europa bis zu Beginn des ersten Weltkriegs fast völlig durchlässig und auch die Vereinigten Staaten schauen auf eine lange Geschichte unbehinderter Einwanderung zurück – nicht wenige Wirtschaftshistoriker argumentieren, dass dieser rege Austausch zum Aufstieg des Westens beigetragen hat. Doch manche Einwände gegen die Öffnung der Grenzen sind berechtigt und müssen diskutiert werden. Verfechter eingeschränkter Einwanderung befürchten den massenhaften Zuzug in die Sozialsysteme, Dumpinglöhne durch Billiglohnkonkurrenz und den Import von kulturellen und politischen Traditionen, die mit dem Wertesystem des Westens unvereinbar sind.

Aber: Die Gefahr stark sinkender Löhne aufgrund vermehrter Einwanderung wird stark übertrieben und basiert überdies auf fragwürdigen ethischen Vorstellungen: Warum sollte das Recht einer zufällig in Deutschland geborenen Person auf ein bestimmtes Lohnniveau höher stehen als die Bewegungsfreiheit anderer Menschen? Auch die Angst um den Sozialstaat ist un-

begründet: In den meisten OECD-Ländern tragen Einwanderer derzeit zur Finanzierung des Sozialstaats bei und dort, wo sie das Sozialsystem netto belasten, fällt die Belastung nur sehr gering aus. Reformbedürftig sind die maroden Sozialsysteme des Westens ohnehin – ob mit oder ohne Einwanderung. Am gewichtigsten dürfte die Angst vor dem Import freiheits- und demokratiegefährdender Traditionen und Wertesysteme sein: Was, wenn viele Einwanderer für fundamentalistische oder erzkonservative Parteien stimmen? Wäre es dann nicht sinnvoll, deren Freizügigkeit zu beschränken, um wenigstens unsere eigene Freiheit zu bewahren? Doch die Frage, ob es sinnvoll ist, die eine Freiheit einzuschränken, um andere Freiheiten zu bewahren, kann nicht so einfach beantwortet werden, wie es zunächst den Anschein hat – schließlich kommt auch niemand auf die Idee, notorisch NPD-wählenden Dörfern in Ostdeutschland das Wahlrecht zu entziehen. Sinnvoller wäre es doch, in die Bildung von Einwanderern zu investieren und die rechtsstaatlichen Grundlagen unserer Gesellschaft zu stärken.

Offene Grenzen sind der stärkste Wohlfahrtsmotor, die effektivste Form der Entwicklungshilfe und der verlässlichste Garant politischer Freiheit und kultureller Toleranz. Freiheit nur national zu denken, heißt Freiheit unvollständig zu denken. Lasst uns Grenzen überwinden!



Kalle Kappner ist Promotionsstudent an der HU Berlin. Er hat zwei Jahre für den Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler gearbeitet und bloggt auf <http://www.offene-grenzen.net>.

Die Niedrigzinspolitik der EZB

EZB - Die stille Gefahr

von **Maximilian Tarrach**

Am 4. September dieses Jahres senkte Mario Draghi den Leitzins von 0,15% auf historische 0,05%, um die angeblich drohende Deflation zu verhindern. Der Einlagenzins, zu dem die Banken ihr Geld bei der EZB parken können, wurde von -0.1% auf -0.2% gesenkt. Zusätzlich kündigte Draghi ein Ankaufprogramm von staatlichen und privaten Wertpapieren im großen Stil an, falls die Inflation so niedrig bleibe.

Wenn Begriffe wie "Zinssenkungen" oder "Zinsentscheidung" durch alle Zeitungen geistern und wochenlang die Gerüchteküche in den Wirtschaftsmagazinen überkocht, ist es wieder soweit: die Europäische Zentralbank hält eine Sitzung ab. Im letzten September senkte sie schon wieder Leit- und Einlagenzins auf historische Tiefststände. Was die EZB da entscheidet, was Zinsen eigentlich sind und welche Funktion sie in einer Marktwirtschaft erfüllen, wissen trotz dieser Medienaufmerksamkeit nur Wenige. Der Zins muss die Zeit zwischen Investment und Auszahlung entschädigen und kann deshalb auch als Preis für die Zeit bezeichnet werden. Ist mir meine Zeit viel wert, ist der Zins hoch und ist sie mir weniger wert, ist er niedrig. Diese Wertschätzungen bestimmen, wie viele Ersparnisse auf den Markt kommen, wie viele Kredite in Anspruch genommen werden und wie hoch der dazugehörige Zins ausfällt. Wenn der Zins durch Angebot und Nachfrage am Markt entsteht, nennt man ihn natürlichen Zins.

Der natürliche Zins bringt die Millionen Spar- und Investitionswünsche einer Marktwirtschaft in Einklang, die sich dezentral abstimmen müssen. Durch Sparen entsteht Wachstum. Nur wenn in der Gegenwart auf Konsum verzichtet wird, kann eine Investition nachhaltig sein. MitdeErsparnissen kann beispielsweise eine Maschine gekauft werden, welche die Produktion vereinfacht. Mehr Produkte können günstiger hergestellt werden, der Wohlstand wächst.

Die Zentralbanker der EZB glauben, auf das Sparen verzichten zu können und einfach nur den Zins senken zu müssen, um Wachstum zu erzeugen. Eine Zinssenkung unter das natürliche Niveau, hat aber genau entgegengesetzte Auswirkungen: Spa-

ren lohnt sich nicht und es werden zu viele Investitionen getätigt. Es entsteht Wachstum, das nicht durch Ersparnisse gedeckt ist.. Die Sparer konsumieren allerdings weiterhin, als ob die Ersparnisse nicht investiert wären und deshalb muss es früher oder später zu einer Bereinigung dieses Zinsdiktats kommen. Ein Beispiel hierfür ist die spanische Immobilienkrise. Durch die niedrigen Zinsen war die Finanzierung in den letzten Jahren sehr günstig. Es gab nur keine Abnehmer für die vielen Betonklötze, die jetzt die Mittelmeerküste zieren.

Allerdings finden die künstlichen Aufschwünge nur in bestimmten Sektoren statt. Während die Zentralbanker versuchen, einen Aufschwung in den konsumnahen Sektoren herbeizuführen, blähen sich bisher vor allem die Preise für Luxusgüter auf. Eines der exklusivsten Kunst-Auktionshäuser der Welt, Sotheby's, verzeichnet seit 2008 ein Anstieg bei den erreichten Auktionspreisen von 450%. Das frische Geld landet deshalb in diesem Bereich, weil Luxusgüter die einzigen Güter sind, bei denen tendenziell die Nachfrage mit dem Preis steigt. Die Investoren haben hier das Gefühl, richtig zu liegen, denn durch ihre Nachfrage steigen die Preise, wodurch noch mehr Investoren angezogen werden. Dies verwirrt seit der Finanzkrise 2008 sowohl die Mainstream-Ökonomen als auch die Anhänger der Österreichischen Schule. Die einen wundern sich, dass den Geld-

spritzen kein nachhaltiger Aufschwung folgt, die anderen rätseln, warum die Kredite keine Blasen im Konsumsektor erzeugten. Aus dieser Verwirrung entstand nun eine neue Strömung, die behauptet, die EZB-Politik sei quasi wirkungslos und es sei realistisch, dass wir auch ohne die EZB ein Niedrigzinsumfeld vorfinden würden. Diesen Ökonomen kann man nur die Zinsentwicklung Griechenlands ins Gedächtnis rufen. 2012 erreichten 10-jährige griechische Staatsanleihen ihr Allzeithoch bei einem Zinssatz von ca. 36%. 2 Jahre und viele Aufkäufe, Rettungspakete und Finanzspritzen später, notieren die Anleihen wieder bei unter 6%. Die Arbeitslosenquote liegt aktuell allerdings bei über 27% und die Staatsverschuldung bei fast 180 % des BIPs. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass das Vertrauen der Investoren trotz dieser Wirtschaftsentwicklung so stark steigt. Eine solche Zinsentwicklung kann nur durch die Geldpolitik herbeigeführt worden sein.

Zu behaupten, die EZB-Politik sei ungefährlich, ist Realitätsverweigerung. Es war ein großes Glück, dass die EZB bisher wenig Blasen im Konsumsektor erzeugt hat. Unter den Mainstream-Ökonomen glaubt man nun, man müsse nur noch konsequenter in den Markt eingreifen, dann würde der Aufschwung schon kommen. Aber wird eine versalzene Suppe besser, wenn man noch mehr Salz hineinschüttet?

Maximilian Tarrach, 20 Jahre alt, studiert Economics an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und ist Vorsitzender der örtlichen SFL Heidelberg Gruppe. Er ist Verfechter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie und engagiert sich als Local Coordinator bei den European Students For Liberty.



Zwei liberale Standpunkte

EZB - Der zahnlose Tiger

von **Julian Arndts**

Was ist die Österreichische Kapitaltheorie? In Kurzform: Die Zentralbank drückt die Zinsen unter die Marktzinsen. Das sendet zwei Signale aus: Ein Signal an die Sparer: Spart weniger! Und ein Signal an die Investoren: Investiert mehr! Das treibt einen Keil zwischen Sparvolumen und Investitionsvolumen. Investoren beginnen Projekte, die sie nicht fertigstellen können, weil nicht genug real Ersparnis vorhanden ist. So wie ein Baumeister, der für sein Haus 10.000 Backsteine einplant und in der Mitte des Hausbaus feststellen muss, dass er nur 8.000 Backsteine hat. Er ist gezwungen, eine Bauruine zu hinterlassen.

Was sind die Vor- und Nachteile dieser Theorie? Die Österreichische Kapitaltheorie betont zurecht die Koordinationsfunktion der Preise, die Heterogenität der Kapitalstruktur und die intertemporale Koordination. Sie hat jedoch eine große Schwäche: Sie geht davon aus, dass sich Unternehmer und Investoren immerfort von der Zentralbank täuschen lassen. Die Österreichische Kapitaltheorie ist somit eine Theorie des immerwährenden Unternehmensversagens. Damit verkennet sie, dass Menschen lernen können, eine Einsicht, die in Hayeks Denken eine große Rolle spielt. Ist es wirklich plausibel, dass sich die Unternehmer wieder und wieder in die Irre führen lassen? Oder ist es nicht viel plausibler, dass einige Unternehmer ihre Lektion lernen und das nächste Mal die Zinsverzerrung einpreisen? Nach ein paar Spielrunden werden sich jene Unternehmer im evolutionären Wettbewerb durchsetzen, die die Situation treffend einschätzen und deren Erwartungen sich in

guter Näherung als rational erweisen. Wie stark kann die Zentralbank überhaupt die Realzinsen beeinflussen? Liberale Ökonomen wie Robert Lucas, Eugene Fama und Deirdre McCloskey argumentieren, dass Zentralbanken kaum Einfluss auf die langfristigen Zinsen haben. Denn langfristig überwiegen die realwirtschaftlichen Faktoren. Expansive Geldpolitik mag zwar Druck auf die Zinsen ausüben. Doch da die Akteure als Antwort höhere Inflation erwarten, steigen zugleich die Nominalzinsen - und die Realzinsen steigen wieder auf ihr ursprüngliches Niveau. Das ist die langfristige Neutralität des Geldes. Global gibt es 150 Billionen Euro an Kapitalanlagen. Die EZB kontrolliert über die Geldmenge M1 jedoch nur 5 Billionen Euro. Der Einfluss der EZB hält sich also in Grenzen. Bei einer Bergwanderung hat der Wanderer zu jedem Zeitpunkt viel Ermessen, ob er ein paar Meter weiter links oder rechts läuft. Langfristig kann er vom Pfad jedoch kaum abweichen. So ähnlich ist es bei Zentralbanken: Kurzfristig können diese den Zins beeinflussen. Langfristig hingegen kaum. Wenn die Zentralbank kaum Einfluss auf die langfristigen Zinsen hat, warum sind diese dann so gering? Aus realwirtschaftlichen Gründen: Weltweit gibt es eine Sparerschwemme. In den Entwicklungsländern gibt es zwar viele niedrighängende Früchte, potentielle Investitionsmöglichkeiten. Doch die Institutionen sind dort oft mangelhaft; es herrscht keine Rechtssicherheit; die Finanzintermediation ist sehr unvollkommen. Deshalb strömt das real ersparte Kapital in andere Länder, nach Europa und in die USA. Das drückt die realen Zinsen. Ist die EZB-Politik inflationär? Die wichtigs-

ten Indikatoren sprechen dagegen: Die EZB hat zwar die Geldbasis M0 deutlich erhöht. Das ist jedoch nur der Input. Entscheidend ist der Output: Denn die Geldbasis ist nur ein kleiner Teil der viel wichtigeren Geldmenge M3. Diese umfasst alles verfügbare Geld, inklusive Wertpapiere, und wird von der Kreditvergabe der Geschäftsbanken beeinflusst. Diese Geldmenge stagniert. Die TIPS Spreads, also die Aufschläge bei inflationsgeschützten Anleihen, sind gering. Das Preisniveau ist stabil. Doch sollten die niedrigen Zinsen nicht Inflation und Wachstum anheizen? Oft ist es eher umgekehrt: Niedrige Zinsen sind Symptom geringer Inflation und geringen Wachstums. Wir beobachten niedrige Zinsen, jedoch keine explizite "Niedrigzinspolitik".

Ist die EZB-Politik also gar nicht schädlich? Doch, durchaus. Die EZB-Politik ist zwar nicht inflationär, aber sehr wohl diskretionär: Die EZB entscheidet willkürlich, nach Gutdünken, ohne Regelbindung. Bruch der No-Bailout-Klausel, Ankauf toxischer Papiere, Target II - das alles bedeutet planwirtschaftliche Investitionslenkung. Der Euro erweist sich als Fehlkonstruktion: Für Deutschland ist der Euro zu schwach, entspricht daher einer permanenten Exportsubvention und einem permanenten Importzoll. Für Griechenland ist der Euro zu schwach, entspricht einer permanenten Importsubvention und einer permanenten Exportsteuer. Der Euro ist somit verkappeter Protektionismus. Das zerstört Wohlstand.

Die beste Lösung: Bankfreiheit, also Wettbewerb privater und staatlicher Währungen auf Augenhöhe. So würde der Währungsmix und die Größe der Währungsräume den Präferenzen freier Akteure am Markt entspringen, nicht den Fantasien von Politikern. Der EZB mangelt es an den richtigen Intentionen, Informationen und Instrumenten. Ihr Einfluss auf die langfristigen Realzinsen ist nur gering. Schädlich ist die EZB-Politik nichtsdestotrotz. Zeit, die EZB dem Wettbewerb auszusetzen.



Julian Arndts ist Mathematiker, Ökonom, Unternehmer und Student der Philosophie. Außerdem ist er Mitbegründer der Woche der Freiheit, der Sommerakademie für Philosophie, Politik und Ökonomie, und der Freiheitlichen Wochenenden.



Der Krieg gegen die Drogen ist ein Krieg gegen uns von **Timotheus Stark**

Mehr als 40 Jahre nach Präsident Nixons Aufruf zum Krieg gegen die Drogen blicken wir auf ein trauriges Résumé. Mafia, kriminelle Clans und Terrororganisationen erzielen Rekordeinnahmen, der Konsum von harten Drogen ist gestiegen und bis 2013 kostete der Drogenkrieg allein in Mexiko über 110.000 Menschen das Leben. Der Krieg gegen die Drogen ist kläglich gescheitert. Ein Umdenken ist bitter nötig.

Ob gut gemeint oder aus repressiven Motivationen heraus: Der Drogenkrieg hat verheerende Folgen für Menschen sowohl in wohlhabenden als auch in armen Ländern. Überall treibt er Menschen an den Rand der Gesellschaft. Entweder rutschen Menschen aus ärmeren Schichten in den kriminalisierten Drogenhandel ab oder sie werden durch den Konsum von Drogen zu Kriminellen stigmatisiert. Menschen, die vor allem harte Drogen nehmen, sollte geholfen, sie sollten nicht bestraft werden. Noch bestehlen sie Menschen oder begehen einen Mord, wenn sie Drogen konsumieren. Sie sind Opfer ihrer Sucht und doch werden sie von der Gesellschaft geächtet oder landen schlimmstenfalls wegen des Konsums im Gefängnis. Allein in den USA werden jährlich 1,5 Millionen Menschen deswegen verhaftet und wiederum ein Drittel von ihnen verschwindet hinter Gittern. Seit 2001 hat das Ministerium für innere Sicherheit in den USA 34 Milliarden Dollar für den paramilitärischen Drogenkrieg ausgegeben – das Ergebnis ist

eher eine Katastrophe als ein Erfolg.

Die Strafverfolgung hat sich in Hinsicht auf die Gewaltentwicklung im Drogenmarkt als kontraproduktiv erwiesen. Bewaffnete Banden, Tötungsdelikte oder Raub haben zugenommen, als die Strafverfolgung intensiviert wurde. Eine Gruppe von Wissenschaftlern und Fachleuten für öffentliche Gesundheit der „British Columbia“ fand heraus, dass in 91 Prozent der Fälle eine härtere Strafverfolgung eine Zunahme der Gewalt nach sich zog.

Eine weitere Flut von Gewalt kommt über ärmere Länder, seitdem der Drogenkrieg verstärkt ausgedehnt wird. Die größten Profiteure dieser Maßnahmen sind Drogenkartelle. Mehr Strafverfolgung bedeutet auch eine höhere Risikoprämie, sodass der Drogenmarkt für immer mehr illegale Organisationen profitabel wird. Nimmt der Drogenkrieg noch größere Ausmaße an, so wird auch der illegale Drogenmarkt noch

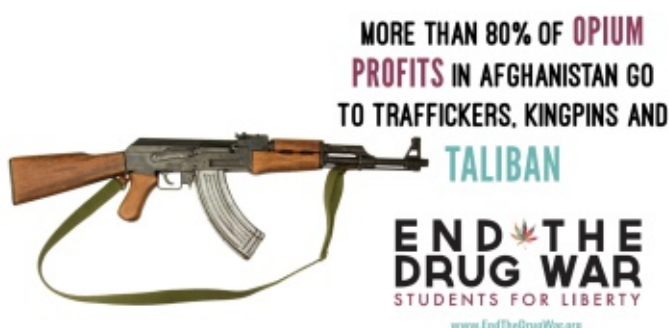
gen diese Kartelle sich gegenseitig und ziehen immer Menschen in den Sumpf von Mord, Gewalt und Korruption. Durch Einnahmen aus dem illegalen Drogenkrieg finanzieren nicht nur Kartelle weitere Operationen im Menschen- und Waffenhandel, sondern daraus werden auch fanatische Terrororganisationen finanziert, die ganz sicher nichts Gutes im Sinn haben.

Legalize it!

Doch es gibt eine Alternative zu gefüllten Gefängnissen, HIV-Epidemien durch illegalen Drogenkonsum und einem Schwarzmarkt, der nur den Drogenkartellen hilft: Legalisierung! Dadurch soll der Konsum nicht verharmlost werden, sondern ein ineffizienter und schädlicher Krieg endlich sein Ende finden. Dies fordert u. a. eine „Weltkommission für Drogenpolitik“, der

Persönlichkeiten wie der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan, die ehemalige UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Louise Arbour und die ehemaligen Präsidenten von Kolumbien César Gaviria, Mexiko Er-

nesto Zedillo und Brasilien Fernando Henrique Cardoso angehören. Sie sehen den Drogenkrieg als gescheitert an und haben



weitaus größere und gefährlichere Ausmaße annehmen. In ärmeren Ländern bekrie-

in ihrem Bericht von 2011 detailliert aufgezeigt, dass der Drogenkrieg trotz wachsendem Ausmaß keinen Fortschritt nachweisen kann – und daher definitiv keine Perspektive für diese Problematik bietet.

Dafür gibt es bereits Länder, die den Weg der Legalisierung gegangen sind und sich nun in einer besseren Situation befinden als vorher.

Portugal war 2001 das erste Land, das den Besitz aller illegalen Drogen nicht mehr unter Strafe stellte – es ging den ersten Schritt in die richtige Richtung. Drogen sind dort zwar weiterhin nicht legal, dafür aber entkriminalisiert. Bis zu einer gewissen Menge riskieren Konsumenten ein Gespräch mit einem Sozialarbeiter, bei wiederholtem Erwischen gibt es Sozialstunden und es wird eine Therapie angeboten. Seit dem schickt die Polizei kaum mehr als 5 Personen täglich in das Büro der zuständigen Sozialarbeiterin in Lissabon, 70 Prozent davon wegen Cannabis-Konsums. "Wer Drogen nimmt, ist nicht kriminell, sondern krank", sagt João Goulão, der das Gesetz damals mit ausgearbeitet hat. Der gesamte Drogenkonsum ist zwar leicht angestiegen (bei Erwachsenen angestiegen, bei Jugendlichen gesunken), dies ist jedoch ein internationaler Trend. Dass Flugzeuge mit Drogenkonsumenten das Land überströmen würden, wie Konservative befürchteten, hat sich nicht bewahrheitet. Ebenso sind HIV-Infizierungen stark gesunken und die Anzahl der Menschen, die eine Therapie machen, stieg erheblich an. Menschen zu helfen, statt sie einzusperren, hat sich für Portugal insofern als eine erfolgreiche Strategie erwiesen.

In Deutschland machte zuletzt eine Gruppe von Strafrechtsprofessoren, der „Schildower Kreis“, auf sich aufmerksam, als sie das Betäubungsmittelgesetz in Frage stellte und die Legalisierung von Marihuana anregte. Der zu dieser Gruppe gehörende Kriminologe Lorenz Böllinger argumentiert mit dem Verfassungsprinzip der Verhältnismäßigkeit: Es sei fragwürdig, ob das Drogenstrafrecht dazu fähig sei, seine Schutzfunktion von Freiheit, Eigentum und Gesundheit zu erfüllen, und ob es das soziale Problem in irgendeiner Weise lindern könne. Die staatliche Strafverfolgung ist das härteste Mittel, mit dem der Staat ge-

gen seine Bürger vorgehen kann und in Deutschland gibt es jährlich hunderttausende junge Menschen, die wegen Cannabis-Besitzes

strafverfolgt

werden. Dieses richtet größeren Schaden an als der Konsum selbst. Der Lebensweg dieser Jugendlichen wird durch die Kriminalisierung stark beeinträchtigt, obwohl sie keinem anderen Menschen Schaden zugefügt haben. Böllinger fragt auch, ob der Cannabis-Konsum nicht zu den anderen risikoreichen Vergnügungen zu rechnen ist, wie beispielsweise Drachenfliegen oder Rauchen.

Ein Bericht, der 2007 im „The Lancet“ publiziert wurde relativiert das Gefahrenpotential unterschiedlicher Suchtmittel. Ein Team von Wissenschaftlern versuchte eine Reihe von psychoaktiven Substanzen anhand der tatsächlichen und potentiellen Schäden, die sie in der Gesellschaft verursachen, einzustufen. Neben Ecstasy und LSD stufen sie auch Cannabis mit einem geringeren Risiko als Alkohol ein. Staaten wie etwa Colorado, Washington oder Uruguay beziehen diese Erkenntnisse bereits bei ihrer Drogengesetzgebung ein. In Colorado etwa dürfen Erwachsene seit Jahresbeginn 2014 Cannabis über medizinische Zwecke hinaus verwenden und seit Juli des Jahres darf nach einer Volksabstimmung jeder Bürger ab 21 Jahren in Washington bis zu 28 Gramm Cannabis bei sich tragen. Die Legalisierung findet zwar noch ihre Grenzen in den Regulierungen der zustän-



**OVER 60,000
PEOPLE HAVE BEEN
KILLED IN THE LAST 6
YEARS IN THE MEXICAN
DRUG WAR**

**END THE
DRUG WAR**
STUDENTS FOR LIBERTY
www.EndTheDrugWar.org

digen Behörde, wie auch beim Alkohol, doch es ist ein Schritt vorwärts. Cannabis-Produkte werden nun öffentlich vertrieben und der Konsument muss sich nicht fragen, wie oft sein „Gras“ nun schon mit anderen Stoffen gestreckt wurde. Der Konsument ist nun auch in der Öffentlichkeit. Es kann jetzt über den Konsum offen gesprochen werden und, wie bei Alkohol, eine Aufklärung stattfinden. In einer Studie von Reinerman et al. (Department of Sociology, University of California) wurde der Cannabis-Konsum von Amsterdam in den Coffeeshops und San Francisco, wo Cannabis-Konsumenten bestraft werden, verglichen. Es wurden große Ähnlichkeiten festgestellt, wobei der Cannabis-Konsum in San Francisco sogar höher ist. Eine Legalisierung führt also nicht zwangsläufig zu einem exorbitanten Anstieg des Konsums. Es wird Zeit, dass die Weltuntergangsszenarien der meist Konservativen verworfen und eine neue Herangehensweise gefördert wird.

Hierfür setzen sich die Students For Liberty mit ihrer weltweiten Kampagne ein. Auf ENDTHEDRUGWAR.ORG gibt es Informationen und Videos, die in die Thematik einführen. Überall auf der Welt veranstalten die Studentengruppen zudem Aktionen gegen den Drogenkrieg und wollen die Diskussion vorantreiben.



Timotheus Stark, 22, studiert Technische VWL in Karlsruhe und hat dort den Hayek-Club gegründet. Er ist außerdem Local Coordinator der European Students For Liberty und der Chefredakteur des Studentenmagazins Peace Love Liberty.

Bildungsvielfalt!

Das deutsche Bildungssystem gefangen in staatlichen Strukturen

von **Daniel Issing**

Kaum etwas wird heutzutage so wenig hinterfragt wie die staatliche Kompetenz, allen Bürgern gleichermaßen Zugang zu hochwertiger Bildung zu ermöglichen. Private Hochschulen werden mit großer Skepsis beäugt und Eltern, die ihre Kinder lieber zu Hause selbst unterrichten wollen, auch schon mal in Beugehaft genommen. Bildung, so das allgemeine Credo, sei ein Recht, dass jedem unabhängig von seinen Fähigkeiten und finanziellen Möglichkeiten zustehe.

Dennoch sind nur die wenigsten Menschen der Meinung, dass wir mit unserem heutigen System bereits den Gipfel des Möglichen erklommen hätten. Mit Beginn der Schulkarriere verbringt der Nachwuchs abertausende Stunden in Klassenzimmern und Hörsälen um Dinge zu lernen, die wenig bis gar keine Relevanz für spätere Berufe haben. Viele Abiturienten können auch wegen ihres Notenschnitts nicht ins Studium ihrer Wahl. Statt kritischem Denken werden Anpassung und Auswendiglernen gefördert. Die Anzahl arbeitsloser Akademiker ist so hoch wie nie.

Jahr für Jahr werden auf allen Ebenen Vorschläge diskutiert, die das Bildungssystem verbessern sollen. In der Regel lautet die Schlussfolgerung: Mehr Geld! Viel hilft schließlich viel. Und so steigen die Bildungsausgaben kontinuierlich an, ohne dass sich wirklich etwas zum Besseren verändert. Erklärungen? Größtenteils Fehlanzeige.

Es ist daher höchste Zeit, ernsthaft über Alternativen nachzudenken. Pragmatismus mag in vielen Lebensbereichen nützlich sein, doch wenn das System an der Wurzel krankt, bringt es wenig, die Blätter zu rechtzustutzen. Und diese Alternative muss sein, mehr freiwillige, private Initiativen zuzulassen; wenn nicht gleich als Ersatz für den Status quo, dann zumindest als wettbewerbsfähige Konkurrenz zu ihm. Zwei Punkte unter vielen anderen sollen aufzeigen, warum der Markt in der Lage

wäre, das Gut Bildung effizienter, besser und gerechter bereitzustellen.

Was ist Bildung eigentlich?

Es überrascht immer wieder aufs Neue, dass diese Frage nur in den seltensten Fällen beantwortet wird, wenn der Ruf nach höheren Bildungsausgaben erschallt. Implizit scheint man oft anzunehmen, dass man Bildung auf einen Kanon von Allgemeinwissen reduzieren könnte, wie er in den Schulen und Universitäten gelehrt wird. Dies ist sicher ein Teil davon, aber weder der einzige noch der wichtigste. Tatsächlich lernen wir jeden Tag, zu jeder wachen Stunde. Wir erlernen praktische Fähigkeiten, verbessern unser Einfühlungsvermögen, üben uns in der Interpretation von Fakten und schulen unser kritisches Urteilsvermögen. Dies alles sind zweifelsohne Eigenschaften, die sowohl für die Persönlichkeitsentwicklung als auch für den späteren Beruf von entscheidender Bedeutung sind. Wer daher einseitig den Fokus auf den formalen Unterricht legt, nimmt in Kauf, dass Heranwachsende ihr Potential nicht voll ausschöpfen können. Nicht jeder blüht in der klassischen Lernumgebung auf und gerade diejenigen, deren Stärken in anderen Bereichen liegen, wird das eigene Versagen Tag für Tag unter die Nase gerieben.

Standardisierten Unterricht mit Bildung gleichzusetzen ähnelt dem Versuch, einen genialen Komponisten auf seine Kenntnisse der Tonleitern zu verkürzen. Ebenso könnte man meinen, einen Schriftsteller von Weltrang zu schaffen, indem man ihm lediglich das Alphabet beibringt. Der kreative Teil des Lernens lässt sich von keinem Lehrplan der Welt vorgeben.

Warum der Staat nicht die beste Lösung bietet

Der Staat kann nur mit begrenztem Wissen und unter dem Einfluss von Lobbyisten

und Ideologen darüber entscheiden, wie viel Bildung er bereitstellen und welche Inhalte in welchem Verhältnis gelehrt werden sollen. Stellen Sie sich zur Illustration vor, die Regierung würde sich morgen daran machen, die Produktion von Backwaren zu übernehmen. Wie würden ermittelt werden, wie viel Brot gebacken werden soll und welches?

Ein Unternehmer ist hingegen dann erfolgreich, wenn es ihm gelingt den Kunden von seinen Produkten oder Dienstleistungen zu überzeugen und außerdem auf die Nachfrage des Kunden zu reagieren. Er ist auf freiwillige Verträge mit anderen Menschen angewiesen. Für den Staat jedoch, dessen Einnahmen nicht aus der Zahlungsbereitschaft der Kundschaft, sondern aus Steuern resultieren, gibt es keinen derartigen Preismechanismus und damit keine Kopplung zwischen eigener Leistung und finanzieller Entschädigung. Seine Antwort auf „Der Kunde ist König“ lautet Bürokratie. Dass damit an den Wünschen der Kunden vorbei geplant wird, ist praktisch garantiert, ob im Backwaren- oder Bildungssektor.

Um diesen Punkt nochmals zu verdeutlichen: Fast jeder hat ein Interesse daran, ein möglichst gute Ausbildung für sich oder seine Kinder zu bekommen und dabei möglichst wenig (im Idealfall: gar nichts) dafür zu zahlen. Was dabei genau eine qualitativ hochwertige Ausbildung ausmacht, ist umstritten, sicher ist aber, dass Bildung Geld kostet. Beahlt man die Universität selbst, wird man einen Kompromiss zwischen Kosten und Qualität finden müssen. Erfolgt die Finanzierung dagegen über Steuergelder, fällt diese Verbindung weg und eine nicht-willkürliche Entscheidung wird unmöglich.

Ein häufig befürchtete Folge der Privatisierung des Bildungssektors ist die weitere Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich: Wer weniger Geld zu Verfügung hat, der bekäme auch nur eine mäßige Ausbil-

derung. Ein Aufstieg wäre praktisch unmöglich und wir wären wieder an der Stufe angelangt, an der die Herkunft und nicht die Leistung über das Weiterkommen entscheidet.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Insofern man zustimmt, dass gute Bildung teuer ist, bedeutet mehr Geld tatsächlich eine bessere Ausbildung. Wenn das Sparen keinen Mehrwert bringen würde, bräuchte man sich die Mühe ja nicht machen. Allerdings trifft das für Bildung auch heute schon zu: Nicht jeder kann sich zum Beispiel einen Nachhilfelehrer oder elektronische Hilfsmittel leisten, die den Lernerfolg erhöhen. Der eigentliche Punkt ist jedoch, dass sich die Lage für alle – gerade für die Ärmsten – im Vergleich zu heute verbessern würde.

Das deutlichste Indiz hierfür ist die Finanzierung der Universitäten. Der typische Student stammt aus der gehobenen Mittelschicht, seine Eltern sind oft ebenfalls Akademiker und jobben neben dem Studium ist für ihn selten nötig. Dafür, dass er seine Ausbildung umsonst bekommt, müssen jedoch andere herhalten – unsere kostenlose Bildung wird mit den Steuern aller, also auch mit denen der Unter- und Mittelschicht finanziert, deren Kinder deutlich seltener studieren. Ein krasser Fall von Umverteilung von Arm nach Reich, und das auch noch mit der Begründung, den Ärmern helfen zu wollen!

Ein weiterer Faktor ist die Rolle des Inter-

nets, die man in diesem Zusammenhang gar nicht überschätzen kann. Ohne staatliches Zutun entwickelte sich dort in den letzten Jahrzehnten ein unüberschaubares Angebot an hochwertigem Lernmaterial: Vorlesungsaufzeichnungen, Artikel, Videos, interaktive Anwendungen zur Einübung bestimmter Techniken und vieles mehr. Der Großteil davon ist öffentlich und kostenlos zugänglich und bietet Stoff für jedes Lernniveau und jedes Interessengebiet, auch für die weniger gut Betuchten.

Neue Wege gehen

Wäre es denn völlig undenkbar, neue Wege auszuprobieren? Um Skeptikern entgegenzukommen, müsste man dazu ja nicht sofort das gesamte Bildungssystem umwerfen, sondern könnte damit beginnen, private Alternativen mit möglichst geringen bürokratischen Einschränkungen zuzulassen. Studenten, Schüler oder Eltern könnten dann ganz individuell entscheiden, welche Version sie für besser halten. Dass sich so ausschließlich hochwertigere Alternativen für ohnehin privilegierte Kinder entwickeln würden, ist nicht gesagt: Vor wenigen Wochen eröffnete in Berlin die Quinoa-Schule ihre Pforten, die Kindern aus sozial schwachen Schichten durch Teil- oder Vollstipendien die Möglichkeit bieten möchte, trotz Sachzwängen eine vernünftige Ausbildung zu erhalten. Wie üblich stand der Staat dabei mehr im Weg, als dass er zum Gelingen beitrug. Ganze acht

Jahre dauerte es, bis die Schule offiziell genehmigt wurde. Doch nun, da ein Präzedenzfall geschaffen ist, darf man auf mehr Vorstöße dieser Art hoffen. Es geht schließlich um die Zukunft unserer Gesellschaft.



Daniel Issing, 22, studiert Physik an der Universität Heidelberg. Er engagiert sich als Local Coordinator bei den European Students For Liberty, Blogger und Redakteur dieses Magazins.



Kostenlose Online-Lernplattformen

Englische Plattformen mit umfangreichem Angebot

- Iversity
- Udacity
- Coursera

Englische Plattformen mit Schwerpunkt auf Naturwissenschaften und Mathematik

- Khan-Academy
- MIT OpenCourseware

Deutsche Plattform mit umfangreichem Angebot

- Open HPI

Liberales Bücherecke

Deirdre McCloskey

Bourgeois Virtues

von Timotheus Stark

„Bourgeois Virtues“ ist ein populärwissenschaftliches Buch von Deirdre McCloskey. Es ist ein Versuch, die Bourgeoisie in ein neues Licht zu rücken. Nicht eine abgehobene, privilegierte Schicht, sondern die ursprüngliche „städterische“ Gesellschaft und ihre Tugenden stehen im Mittelpunkt. Und hier beginnt auch ihre Kritik an der Wirtschaftswissenschaft, die nur vom rationalen Eigeninteresse der Akteure ausgeht. Die Marktwirtschaft beinhaltet eben noch viel mehr: Tugenden wie Optimismus, Glaube, Liebe, Gerechtigkeitsinn stehen Mäßigung und rationalem Eigennutz in nichts nach. Dies ist keine Zurückweisung der letzten Beiden, sondern eine Erweiterung der Tugenden, die eine freie und offene Gesellschaft ausmachen. Das „Zeitalter des Kommerz“ beinhaltet für uns gerade nicht nur den Kauf und Verkauf von Waren, sondern auch die freiwillige soziale Interaktion und Zusammenarbeit. Überzeugend zeigt sie auf, wie die Marktwirtschaft durch Fortschritt eine egalitäre Gesellschaft schafft, in der Wohlstand alle Schichten erreicht.

"Can a group of asocial monsters, who have never been children and have never loved anything, never had faith or hope or justice or temperance, be shown on a blackboard to create out of rational self-interest a civil society?"

John H. Mackay

Die Anarchisten

von Sarah Klostermair

John H. Mackay ist heutzutage ein eher unbekannter Autor des Individualanarchismus.

Mackay wurde 1864 nahe Glasgow, Schottland geboren und verlebte seine Jugend in Deutschland. Ab 1885 veröffentlichte er verschiedene Werke, darunter die erste und auch einzige Biographie über den Philosophen Max Stirner.

„Die Anarchisten“ sind der erste Teil der „Bücher der Freiheit“, 1920 folgte der zweite Teil. In dem Buch begleitet man Carrard Auban durch das London des Jahres 1887. Mackay beschreibt das Elend und die Armut der damaligen Zeit durch die Augen Aubans, thematisiert die Freundschaft zu dem Kommunisten Otto Trupp und wie sich ihre Ansichten mit der Zeit voneinander entfernt haben.

Auban zeigt sich im Laufe der Geschichte sehr mitgenommen von den Schicksalen der Anarchisten, die nach dem Aufstand am Haymarket Square in Chicago 1886 verurteilt und gehängt wurden. Dieses Ereignis sowie die lebhaft beschriebene „Bloody Sunday“ 1887 in London, lassen dieses Buch als Zeitzeugenbericht erscheinen. Tatsächlich befand Mackay sich 1887 in London und hat all das selbst miterlebt. „Die Anarchisten“ ist das Portrait einer Zeit, in der, ähnlich wie heute, viele Umbrüche stattfanden. Die Menschen der Zeit litten sehr an ihrer Armut, was in diesem Buch verdeutlicht wird und das man nicht durch den trockenen Geschichtsunterricht in der Schule lernen kann.

„Die Anarchisten“ kann man bei feedbooks.de kostenlos herunterladen.

Chris Guillebeau

The Art of Nonconformity

von Christoph Heuermann

Chris Guillebeau ist weitgereist. Bis zum Alter von 35 war er innerhalb von 11 Jahren bereits in sämtlichen Ländern der Welt, vier davon als Freiwilliger in Westafrika. Sein in über 20 Sprachen übersetztes Buch „Die Kunst anders zu leben“ legte den Grundstein zu seinem Erfolg als Schriftsteller und Unternehmer, welchen er so definiert: „Jemand der 24 Stunden am Tag für sich arbeitet statt 1 Stunde am Tag für jemand anderen zu arbeiten.“

Das Buch ist eine Motivation zur Nonkonformität, ohne je besserwisserisch zu wirken. Schließlich besteht Nonkonformität darin, einen anderen Weg zu gehen – nicht nur zu tun, was einem vorgekauft wird. Guillebeau zeigt, wie man Freiheit finden kann – ganz privat für sich. Er ist damit Teil einer neuen Bewegung von Lifestyle-Designern, die sich von gesellschaftlich und staatlichen Zwängen abkoppeln und ihren Traum leben. Sein Buch regt zum Denken an. Guillebeau möchte aber weder bekehren, noch verspricht er den schnellen und einfachen Weg zu Reichtum und Unabhängigkeit.

Guillebeau will dem Leser helfen, sich auf dem Pfad zu persönlicher Freiheit zu orientieren. Die Kunst anders zu leben heißt letztlich mutig eigene Freiheitspfade zu betreten.

Alle Einnahmen durch den Verkauf des Buches gehen komplett an eine Organisation, die Trinkwasser an Menschen in Entwicklungsländern verteilt.

Das deutschsprachige Students For Liberty Netzwerk

Students For Liberty Berlin

<https://www.facebook.com/SFLBerlin>

Students For Liberty TU Berlin

<https://www.facebook.com/SFLTUBerlin>

Hayek Club Bonn

<http://www.facebook.com/HayekClubBonn>

Libertäre Liste Bonn

<http://www.libertaere-liste.de/>

Liberale Hochschulgruppe Düsseldorf

<http://www.lhgduesseldorf.de/>

Dortmund Students For Liberty

<https://www.facebook.com/groups/1417497728489586/>

Liberale Hochschulgruppe Erfurt

<http://www.lhg-erfurt.de/>

Frankfurt – Liberaler Campus

<http://www.liberale-viadrina.de/>

Junge Libertäre Frankfurt

<https://www.facebook.com/groups/570461079651399/>

Hayek-Club Uni Freiburg

<https://www.facebook.com/groups/445382635524671/>

Liberale Hochschulgruppe Hagen

<http://www.lhg-hagen.de/>

Hayek Club Halle

<http://www.facebook.de/HayekHalle>

Hamburg Hayek Club

<https://www.facebook.com/groups/568493569914647/>

Hamburg Students For Liberty

<https://www.facebook.com/StudentsForLibertyHH>

Students For Liberty Heidelberg

<http://sfl-heidelberg.de/>

Bildnachweise

Cover: "Colorful John Lennon wall in Prague" von XtravaganT/ fotolia.com

S. 5: "#725023" von Butch/ fotolia.com

S. 8 Oben: "Richard Cobden" von Georgios Kollidas/ fotolia.com

S. 8 Unten: "William Wilberforce" von Georgios Kollidas/ fotolia.com

S. 9: „Frauentag 1914 Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ von Karl Maria Stadler - Scan from an old book. Lizenziert unter Public domain über Wikimedia Commons - <http://tinyurl.com/p8rmqzs>

S.10: „Panoramic of Taksim square protests. Events of June 7, 2013“ von Mstyslav Chernov - Selbst fotografiert, <http://mstyslav-chernov.com/>. Lizenziert unter Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 über Wikimedia Commons - <http://tinyurl.com/kqf6ftb>

S.11: „Teargass action during Gezi park protests. Events of June 15, 2013“ von Mstyslav Chernov - Selbst fotografiert, <http://mstyslav-chernov.com/>. Lizenziert unter Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 über Wikimedia Commons - <http://tinyurl.com/nwroxks>

S. 12: "Giant Panda eating bamboo, Chengdu, China" von birdiegal/ fotolia.com

S. 13: "junge Frau beim entwirren vieler Gedanken" von fotogestoeber / fotolia.com

S. 14 Oben: "Barbed wire" von jules / fotolia.com

S. 14 Unten: "Inmigración ilegal" von full image / fotolia.com

S. 21 Oben: "sweet hispanic school girl in stress asking for help" von Focus Pocus LTD / fotolia.com

S. 21 Unten: "Holztafel" von Stauke / fotolia.com

Hayek-Club Jena

<http://hayekclubjena.wordpress.com/>

Hayek Club Karlsruhe

<http://hayek-club-karlsruhe.de/>

Kölsche Libertarier

<http://koelsche-libertarier.de/>

Hayek Club Konstanz

<http://www.hayek-club-konstanz.de/>

Linzer Libertarier

<https://www.facebook.com/LinzerLibertarier>

Hayek-Club Rhein-Main

<https://www.facebook.com/HayekClubRheinMain>

Liberale Hochschulgruppe Mannheim

<www.facebook.com/lhgmannheim>

Libertäre Studenten TU München

<https://www.facebook.com/pages/Libertäre-Studenten-TU-München/>

Munchner Libertarier

<http://www.meetup.com/Muenchner-Libertarier/>

Hayek Club Passau

<http://www.hayek-club-passau.de/>

Stuttgarter Libertarier

<https://www.facebook.com/stuttgarterlibertarier>

Trier - Junge Europäische Bewegung

<http://www.junge-europaeische-bewegung.de/>

Liberale Hochschulgruppe Vallendar

<https://www.facebook.com/LHGVallendar>

Vienna - Austrian School of Economics

Meetup

<http://austrianmeetup.com/>

Wien - Austrian Libertarian Movement

<http://a-l-m.at/>

Hayek Club Zürich

<http://hayekianer.ch/>

Impressum

Peace Love Liberty ist ein Magazin der deutschsprachigen Students For Liberty. Es wird an die Students For Liberty Gruppen in Deutschland, Österreich und der Schweiz weitergeleitet und über diese kostenlos an den Hochschulen verteilt. Das Magazin widmet sich Themen rund um Freiheit, Liberalismus und Selbstbestimmung.

Herausgeber:

Students For Liberty
1101 17th Street NW, Suite 810
Washington, DC 20036

Chefredaktion:

Timotheus Stark (V.i.S.d.P.)
tstark@studentsforliberty.org

Stellvertretende Redaktion:

Anna-Lena Kümpel
annalena.kuempel@gmx.de
Daniel Issing
dissing@studentsforliberty.org

Grafik und Design:

Jonas Zentner
jzentner@studentsforliberty.org

Autoren des Heftes

Maria Semykoz
Vera Kichanova
Nur Baysal
Jorge Arnez-Prinzhorn
Kalle Kappner
Maximilian Tarrach
Julian Arndts
Sarah Klostermair
Christoph Heuermann

Auflage

4000

Druck

Druckerei WIRmachenDRUCK GmbH
Mühlbachstr. 7
71522 Backnang
Deutschland

Anregungen, Fragen, Kritik an pll-
mag@studentsforliberty.org oder auf
facebook.



„Individuen, nicht Regierungen, sollten sich gegenseitig helfen, die Wahrheit zu verbreiten und Frieden einzufordern.“



OVER **60,000**
PEOPLE HAVE BEEN
KILLED IN THE LAST 6
YEARS IN THE MEXICAN
DRUG WAR

**END THE
DRUG WAR**
STUDENTS FOR LIBERTY

www.EndTheDrugWar.org

